

Abb. 97

Die Pioniere der Schweizer Luftwaffe auf dem Beundenfeld 1914. Die zur Mobilmachung eingerückten Piloten der ersten Fliegertruppe der Schweiz posieren vor einem Morane-Saulnier-Eindecker, dem schnellsten und elegantesten der neun damals zur Verfügung stehenden Aeroplane. Von links: Oskar Bider (1891-1919), Edmond Audemars (1882-1970), Agenor Parmelin (1884-1917), Marcel Lugrin (1891-1915), Albert Cuendet (1883-1933), Ernest Burri (1887-1969), Alfred Comte (1895-1965) und Rene Grandjean (1884-1963). Nicht auf dem Bild: Francois Durafour (1888-1967).

(1891-1919) zur Seite stand, die erste schweizerische Fliegerabteilung. Bider hatte vom Beundenfeld aus seine grössten fliegerischen Erfolge errungen. Nach der Rückkehr von seinem Flug nach Mailand im Juli 1913 hatte ihm Stadtpräsident Steiger im Namen der begeisterten Bevölkerung zum «ruhmvollen gigantischen Flug über den Riesenwall unserer Alpen»¹⁰⁰ mit einer Urkunde gratuliert. Nun bildeten Real, Bider und acht weitere Pioniere mit teils eigenen, teils ausländischen Aeroplanen, die an der Landesausstellung beschlagnahmt worden waren, eine improvisierte Fliegertruppe, der die Ballonhalle als Hangar und der Bauernhof «Wankdorf» als Truppenunterkunft diente. Das Flugfeld erwies sich aber bald als zu klein und war wegen verschiedener Hindernisse für Anfänger ungeeignet, so dass noch im Dezember 1914 die Einheit nach Dübendorf verlegt wurde.¹⁰¹

Frauenvereine nahmen sich der Notsituation an; so sammelte der Lehrerinnenverein Kleider für bedürftige Schulkinder. Kurz nach Kriegsausbruch entfaltete die erste Kriegswäscherei der Schweiz in Bern ihre rege Tätigkeit; allein stehende und bedürftige Soldaten im Grenzdienst konnten hier ihre Unterkleider waschen, flicken und nötigenfalls ersetzen lassen. Zwar leisteten bei dieser massgeblich aus burgerlichen Kreisen ins Leben gerufenen Aktion Freiwillige den Hauptanteil der Arbeit, aber dank grosszügigen Spenden konnte auch einigen arbeitslosen Frauen zu einem Verdienst verholfen werden. Die Zünfte zum Mohren und zu Metzgerm stellten Lokalitäten zur Verfügung.¹⁰² Im Frauenstimmrechtsverein Bern entstand die Idee eines freiwilligen Beitrags an die Mobilisationskosten, der schliesslich als Schweizerische Frauenspende mit über einer Million Franken 1916 dem Bundesrat überreicht wurde und hauptsächlich der Wehrmannsfürsorge zugute kam. Aus einer kleinen Vereinigung heraus entwickelte sich rasch die bedeutende stadtbernische Hilfsstelle für Kriegsgefangene Pro

¹⁰⁰ Zitiert nach Renati 1991, 25. • ¹⁰¹ Die Ballontruppe hingegen wurde erst 1937 aufgehoben, die Ballonhalle 1978 abgebrochen. Renati 1989; Renati 1991. * ¹⁰² Kramgasse 12 und 45. BW, 11./18.12.1915, 595f., 607f.; 29.1.1916, 54f.

Captivis, die unter der Leitung des Mundartdichters Rudolf von Tavel (1866-1934) und der Mitarbeit von Ehefrauen hoher Offiziere das Los von Gefangenen in den Krieg führenden Ländern durch Geschenkpakete zu mildern suchte und weitere Hilfeleistungen wie die Suche nach Vermissten organisierte. Nebst weiteren Hilfswerken befand sich auch die Zentrale der Kriegsgefangenenpost in Bern, die in der Turnhalle des städtischen Gymnasiums am Waisenhausplatz untergebracht war.¹⁰³

Ab 1915 machten sich Teuerung und Versorgungsschwierigkeiten allmählich bemerkbar. Kriegsgewinnlertum und Kriegsnot standen unmittelbar nebeneinander. Trotz regulierender Massnahmen des Gemeinderates häuften sich die Klagen über Preistreiberien. Im Juli 1916 kam es während der Markttag zu Demonstrationen. Hausfrauen nötigten die Marktleute zu niedrigeren Preisen, leerten Warenkörbe aus oder bemächtigten sich des Marktstandes. Zu den heftigsten Auseinandersetzungen kam es zwischen den Protestierenden und jenen wohlhabenden Marktbesucherinnen, die mehr als die von den Behörden festgelegten Höchstpreise zu zahlen bereit waren. Neben Arbeiterfrauen Hessen sich auch bürgerliche Frauen vom Aufruhr mitreissen. Die Probleme waren bereits im Vorfeld in Gemeinde- und Stadtrat besprochen worden, aber erst die Demonstrationen führten zu wirksameren Massnahmen. Der schon früher begonnene, aber nun stark ausgeweitete Verkauf von Gemüse und Kartoffeln durch die städtischen Behörden verhinderte einstweilen, dass der Funke ins Pulverfass sprang. Die Marktdemonstrationen, die nur wenig später auch in anderen Städten ausbrachen, waren Ausdruck der unter dem Druck der Notlage zunehmenden Politisierung der Frauen und der Unterschicht.¹⁰⁴

Die Stadt stellte Schulplätze und öffentliche Anlagen zur Verfügung, damit dort Gemüse gepflanzt werden konnte. Bundesterrasse, Grosse Schanze und Rosengarten waren mit Kartoffelstauden statt Blumen geschmückt. Trotzdem verschärfte sich die Mangelsituation zusehends. Die Beschränkung der zur Verfügung stehenden Gasmengen im Frühjahr 1917 rief bei den Kundinnen und Kunden einen Sturm der Entrüstung hervor. Doch Rationierungsmassnahmen wurden unumgänglich. Städtische Ämter sorgten fortan für die Sicherstellung der

¹⁰³ BW, 18.11.1916, 556-559; Nagel 1916, Bd. 2, 5-15, 40-60; Neuhaus 1985, 30-32. • ¹⁰⁴ BW, 22.7.1916, 359; Pfeifer 1993.

Abb. 98

Teuerungsdemonstration vom 30. August 1917 in Bern. Der Aufruf der SP Schweiz und des Gewerkschaftsbundes zu einem Warnstreik gegen die Teuerung wurde in Bern wie auch in Zürich, Basel und weiteren Städten stark befolgt. Rund 10 000 Personen, darunter auffallend viele Frauen, folgten der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion in einem Umzug von der Münsterplattform zum Bundesplatz, wo die Redner Wucher, Spekulantentum und Militarismus anprangerten und die Bundesbehörden für die Not des Volkes verantwortlich machten.



Lenin in Bern

Als Nadeshda Krupskaja (1869-1939) sich im Sommer 1913 vom berühmten Chirurgen Theodor Kocher behandeln liess, weilte ihr Ehemann Lenin (eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow, 1870-1924) erstmals für längere Zeit in Bern. Möglicherweise dank der gelungenen Operation liess er sich hier nach Kriegsausbruch nieder. Eine kleine Gruppe russischer Emigranten scharte sich um ihn. Einzelne seiner revolutionären Schriften publizierte er in der Druckerei Benteli in Bümpliz. Er nahm an den berühmten Konferenzen von Zimmerwald und Kiental teil, die Robert Grimm 1915/16 fast wie eine Verschwörung organisierte. Doch zwischen den beiden Arbeiterführern öffnet sich ein unüberbrückbarer Gegensatz: Lenins Versuch, die schweizerische Sozialdemokratie auf eine Revolutionierung der Schweiz vorzubereiten, scheiterte am gewichtigen Einfluss Grimms, der die Einheit der Bewegung wahren wollte und sich für einen eigenen Weg der schweizerischen Sozialdemokratie einsetzte. Im Februar 1916 reisten Lenin und Krupskaja nach Zürich, um die dortigen Bibliotheken zu benutzen. Schliesslich übersiedelten sie in die Limmatstadt, wo ihnen das radikalere Milieu besser gefiel als die bürgerlichen Verhältnisse in der Bundesstadt.¹⁰⁵

Lebensmittelversorgung, die Kohle-Rationierung und die Vermittlung von Pflanzland an einkommensschwache Familien zur Steigerung der Selbstversorgung.¹⁰⁶

Trotz aller kriegswirtschaftlichen Massnahmen wurde es 1918 noch schlimmer. «Die Not wird immer grösser und geht in der Stadt als drohendes Gespenst um», notierte der Chronist im Wochenblatt.¹⁰⁷ «Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, dass es mit der Ernährung, namentlich in den unteren Volksschichten, bedenklich hapert, das kann jeder sehen, der offene Augen hat und sich die Mühe nimmt, durch die Quartiere der Armen zu gehen. Erschreckend sieht man hier abgemagerte Gesichter und Leuten, die man vordem als normal genährt gekannt hat, das Elend aus den Gesichtern sprechen. Bei vielen sind die Brotkarten längst vor Ende des Monats aufgebraucht.»¹⁰⁸ Mehr als ein Viertel der Stadtbevölkerung bezog Lebensmittel zu reduzierten Preisen von der Gemeinde. Die «Spysi» in der unteren Altstadt erlebte bei der Abgabe von Suppe, Gemüse und Kartoffeln zu den Mittagszeiten einen bisher nicht gekannten Andrang.¹⁰⁹

Grippewelle und Landesstreik 1918

Wie weite Teile Europas suchte die verheerende Grippeepidemie zwischen Juli 1918 und Juni 1919 auch die Schweiz heim. In der Stadt Bern waren gleich zu Beginn am meisten Todesfälle zu beklagen; ein zweiter Höhepunkt lag im November, als gesamtschweizerisch die absolute Spitze erreicht wurde. Danach flaute die Grippe rasch ab. Insgesamt hatte Bern 530 Todesfälle zu verzeichnen. Stark betroffen waren vor allem die obere Altstadt und die Matte. Der Stadtrat bedauerte in einer Resolution «das vollständige Versagen der obersten Leitung der Armeesantität».¹¹⁰ Gleichzeitig verbot der Gemeinderat alle Ansammlungen von Personen. Ein prominentes Opfer der Krankheit war der Gründer und Anführer der Berner Jungfreisinnigen, Stadtrat, Grossrat und Nationalrat Felix Koch (1882-1918).¹¹¹

¹⁰⁵ Gautschi 1975, 78f., 95-235; Junker 1996, 159-162; siehe auch Aron Eckmanns Erinnerungen an Lenin in Bern, in: Der kleine Bund, 2.10.1993, 9 (z.T. ungenau). • ¹⁰⁶ Lebensmittelamt 1917-1920, Brennstoffamt und Landwirtschaftliches Ortskomitee, beide 1917-1922. • ¹⁰⁷ BW, 16.3.1918, 164. » ¹⁰⁸ BW, 6.7.1918, 356. • ¹⁰⁹ Schweizer 2002, 33. • ¹¹⁰ Protokoll SR, 19.7.1918, 8. 9 ¹¹¹ Sonderegger 1991; Junker 1996, 169f.; Statistisches Amt der Stadt Bern 1940, 321; Schöni 1995; Mörgeli 1995.

Abb. 99

Robert Grimm (1881-1958) und Rosa Schläin (1875-1955) mit ihren Kindern Jenny und Bruno um 1912. Der Arbeitersohn und gelernte Buchdrucker wurde als Marxist und Realpolitiker in Stadt, Kanton und Bund zu einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der schweizerischen Sozialdemokratie und gelangte auch an die Spitze des internationalen Sozialismus. Seine intellektuelle erste Frau und aktive Kommunistin aus Odessa erfüllte aber die Erwartungen des «roten Patriarchen» an das häusliche Glück zu wenig. 1919 heiratete er die Krankenschwester Jenny Kuhn (1896-1992) aus seinem Zürcher Heimatort.



Die Grippe verschlimmerte die innenpolitische Krise, die durch Existenznöte in der Arbeiterschaft und gleichzeitigen Kriegsgewinnen bei Unternehmern und Bauern, durch Hoffnungen und Ängste im Gefolge der Russischen Revolution, durch Spannungen zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteiblöcken im Herbst 1918 entstanden war. Nachdem der Bundesrat vorsorglich gegen Arbeiterunruhen militärische Truppen nach Zürich und Bern aufgeboten hatte, erklärte der Präsident des Oltener Aktionskomitees, Robert Grimm, der ab März 1918 gleichzeitig nebenamtlicher Berner Gemeinderat war, an einer Arbeiterversammlung auf dem Waisenhausplatz: «Wir bekennen uns zur Revolution, sind aber keine Anarchisten oder Putschisten. Wir wollen die politische Macht erobern, aber auf unblutigem Weg.»¹¹² Als die Lage in Zürich eskalierte, proklamierte das Komitee am 11. November 1918 den landesweiten Generalstreik.

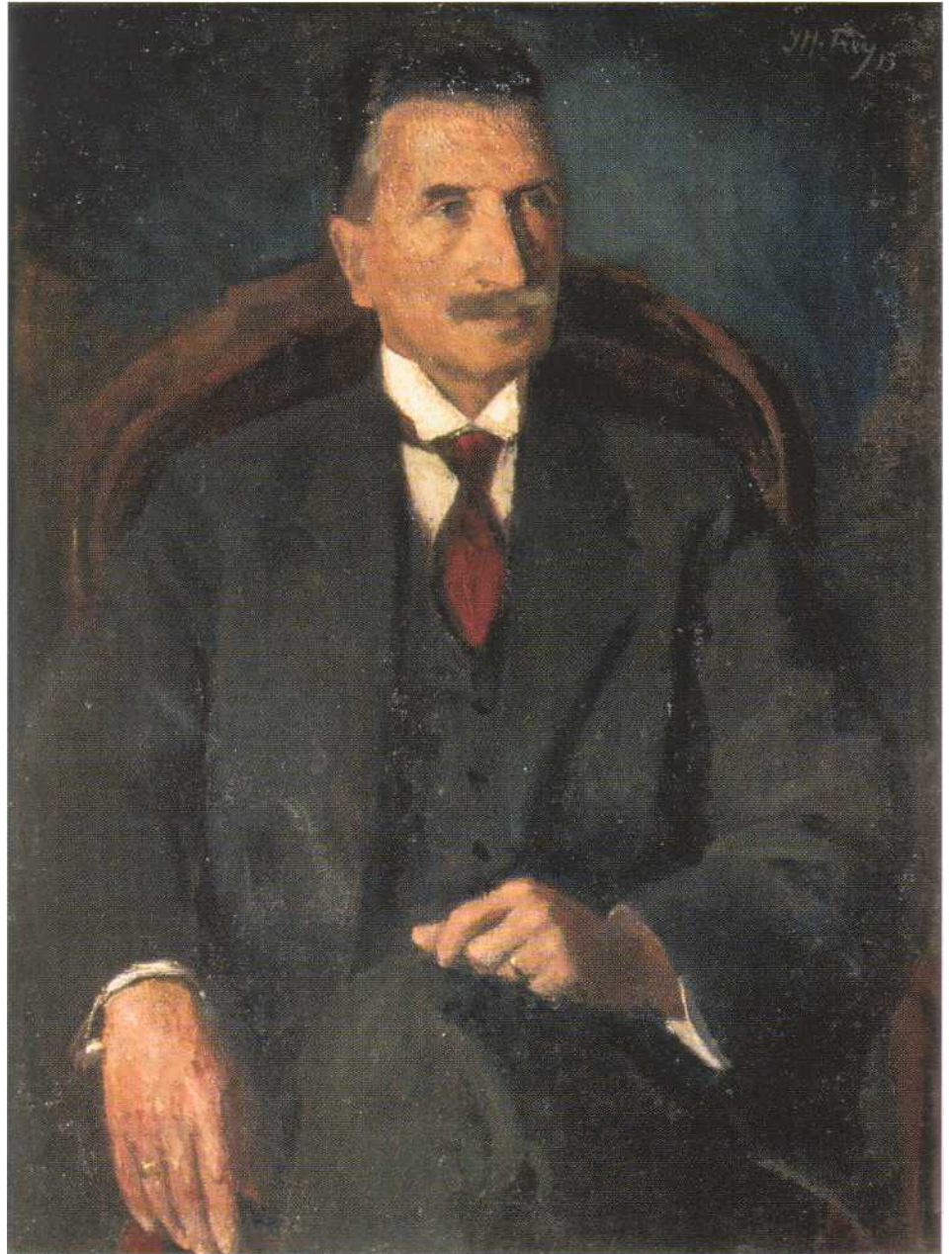
Im Vergleich zu Zürich blieb es in Bern verhältnismässig ruhig. Der Truppenkommandant stand in enger Verbindung mit dem sozialdemokratischen Polizeidirektor, Oskar Schneeberger (1868-1945), den eine «olympische Ruhe» und der «ewige Brissago-Stengel» auszeichneten.¹¹³ Nur anlässlich der Ausschaffung der Sowjetgesandtschaft am 12. November kam es zu mehreren Zwischenfällen. Die ukrainische Sozialistin Angelica Balabanoff (1878-1965) berichtete später über die gespannte Lage: «Bern war in bewaffneten Zustand versetzt, nie habe ich so viel Militär, so viele Bajonette, so viele Maschinengewehre auf einem so kleinen Raum konzentriert gesehen. Und die Gesichter, die Panik der einen, die Schadenfreude der anderen, der Hass der dritten!»¹¹⁴ Die in mehrheitlich offenen Personenautomobilen abreisende Gesandtschaft wurde von einer grossen Menge derart ausgepiffen und ausgejohlt, dass eine Dragoner-Eskorte sie bis Zollikofen schützen musste.

Nachdem Streikende die Schliessung von Läden erzwungen hatten, organisierten sich Geschäftsinhaber in der Bürgerwehr der Stadt Bern, die als bewaffnete Selbsthilfeaktion den Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums bezweckte. Sie gewann in wenigen Monaten 3000 Mitglieder und hatte auch Verbindungen zu Regierung und Armee. Bei Wahlen unterstützte sie bürgerliche Kandidaten mit massiver Propaganda im Kampf gegen die bolschewistische Gefahr. 1923 verlieren sich ihre Spuren.¹¹⁵

¹¹² Zitiert nach Gautschi 1988, 280. Siehe ferner VB, 1919, 27-34; Gautschi 1988, 240-244, 2551, 330f; Gautschi 1988a, 235-237, 267, 408-417. • ¹¹³ Steinmann 1953, 32. • ¹¹⁴ Zitiert nach Gautschi 1988a, 366. Marbach 1969, 49f. Zur Ausschaffung: Gautschi 1988, 216-224; Gautschi 1988a, 330, 342-369. • ¹¹⁵ Grossenbacher 1986; Der Bund, 9.11.1988, 2.

Abb. 100

Gustav Müller (1860-1921), Stadtpräsident 1918-1920, Gemälde von Marguerite Frey (später Surbek, 1886-1981), 1913. Familie, Beruf und Militär prädestinierten ihn zur bürgerlichen Karriere. Doch der Notar und freisinnige Parteisekretär trat zur Arbeiterbewegung über und wurde 1895 zu einem der ersten sozialistischen Magistraten in einer Schweizer Stadt überhaupt gewählt. Als Gemeinderat leitete er während Berns grösster Wachstumsphase die Finanzen und erntete Kritik für kriegsbedingte Ausgabenüberschüsse. Doch bei seinem unerwarteten Tod vereinten sich Freunde und Feinde in Anerkennung seiner Verdienste.



Der Larjesstreik hatte für den Gemeinderat ein Nachspiel. Obwohl die Namen Grimms, Schneebergers und des Stadtpräsidenten Gustav Müller auf dem Streikaufruf des Oltener Komitees standen und noch ein vierter Sozialdemokrat dem Gemeinderat angehörte, hatte dieser den städtischen Angestellten gegenüber betont, dass «das Fernbleiben von der Arbeit eine grobe Dienstpflichtverletzung in sich schliessen würde».¹¹⁶ Einerseits fragte nun eine Interpellation im Stadtrat nach der Rechtfertigung dieses Doppelspiels, das die städtischen Angestellten in eine schwere Pflichtenkollision drängte.¹¹⁷ Andererseits verlangte eine von der Bürgerwehr unterstützte Petition die Abberufung der SP-Gemeinderäte durch den Regierungsrat, der aber schliesslich nur eine Verwarnung aussprach.¹¹⁸ Seitens der Stadtverwaltung hatten die Bauamtsarbeiter, ein Teil des Strassenreinigungspersonals, die Strassenbahner und Angehörige des Elektrizitätswerks, des Gaswerks und der Wasserversorgung die Streik-

¹¹⁶ Protokoll SR, 22.11.1918, 126; VB, 1919, 30f.; Streikaufruf: Gautschi 1988, 2811; Gautschi 1988a, 237-240; Aufruf des Gemeinderats an die Stadtverwaltung: Gautschi 1988, 292; Gautschi 1988a, 263f. • ¹¹⁷ Protokoll SR, 22.11.1918, 123-127. • ¹¹⁸ BW, 23.11.1918, 595; BTB, 1921, 260(8.12.1919). -Die Militärjustiz verurteilte Grimm zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten, die er zur Abfassung einer Geschichte der Schweiz aus sozialistischer Sicht nutzte (Grimm 1920).

parole befolgt, ohne dass allerdings die Strom-, Gas- und Wasserversorgung je unterbrochen worden wäre. Zur Strafe kürzte ihnen der Gemeinderat die Besoldung entsprechend der versäumten Arbeitszeit.

Spaltungen im Parteiensystem

Während auf kantonaler Ebene die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei als Abspaltung vom Freisinn entstand, bildete sich in der Stadt Bern als eine der lokalen BGB-Sektionen 1921 die Bürgerpartei heraus, die eine neue Interessenvertretung des städtischen Mittelstandes darstellte. Erster Präsident wurde Stadtarzt und Stadtrat Alfred Hauswirth (1872-1959). In der gemeinsamen Frontstellung gegen die Linke nahm die neue Gruppierung die letzten Reste der Konservativ-demokratischen Partei auf, welcher der nachmalige Bundesrat Eduard von Steiger (1881-1962) angehörte. Dessen parteiinterner Gegenspieler und späterer Amtsnachfolger Markus Feldmann (1897-1958) bekleidete die neu geschaffene Stelle eines Sekretärs. Im Gemeinderat war die Bürgerpartei gleich dreifach vertreten: durch Stadtpräsident Hermann Lindt, Finanzdirektor Paul Guggisberg (1881-1946) und Fürsorgedirektor Otto Steiger. Im Stadtrat wurde sie zweitstärkste Fraktion. Noch vor der Eingemeindung wurde in Bümpliz eine stärker ländlich geprägte Sektion gegründet, die auch später selbständig blieb.¹¹⁹

Bereits 1917 hatten sich aktive protestantische Konservative als Politische Vereinigung christlicher Bürger organisiert, aus der 1919 die seit 1920 stets im Stadtparlament vertretene Evangelische Volkspartei der Stadt Bern hervorging. Die durch derartige Abspaltungen unter Druck gesetzte Freisinnig-demokratische Partei suchte ihr Glück in der Umbenennung zur Fortschrittspartei (1920-1923) und verleibte sich die Jungfreisinnigen ein mit ihren radikaleren wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen, wodurch die Partei nach links rückte.¹²⁰

Die Linke ihrerseits erlebte zur selben Zeit ihre grösste Krise. Am ausserordentlichen Parteitag der schweizerischen SP vom 10. bis 12. Dezember 1920 im Volkshaus in Bern kam es nach längeren Vorberatungen zum endgültigen Entscheid über den Beitritt zur kommunistischen Internationalen. Als sich das stark von Grimm geprägte, in der politischen Stossrichtung gemässigte Programm durchsetzte, verliess die extreme Linke den Parteitag und versammelte sich jenseits der Kirchenfeldbrücke im Hotel Du Pont, wo sie ein Manifest an das revolutionäre Proletariat der Schweiz verabschiedete. Im folgenden Jahr konstituierte sie sich formell als Kommunistische Partei und hielt von da an am 1. Mai jeweils separate, aber nur schwach besuchte Feiern ab. Wie schon während des Ersten Weltkriegs vermochte der Linksradikalismus in Bern im Unterschied zu andern grossen Schweizer Städten keine Wirkung zu entfalten, weil hier Grimms Einfluss allgegenwärtig war. Seine erste Frau Rosa (1875-1955) wurde als Mitbegründerin der KPS zu seiner Gegenspielerin. Der Hoffnungsträger der Kommunisten, Eduard Münch (1880-1919), Journalist bei der «Berner Tagwacht», Stadt- und Grossrat, erkrankte in der Aare.¹²¹

Wirtschaftskrisen und städtische Finanzen

Trotz glänzender Wiederwahl legte Stadtpräsident Gustav Müller in der Stadtratssitzung vom 1. Juli 1920 sein Amt nieder, da er nicht Vorsitzender in einem mehrheitlich bürgerlichen Gemeinderat sein wollte. Er weigerte sich auch, die Finanzdirektion weiterhin zu führen, nachdem die bürgerlichen Parteien sie im Wahlkampf zu Unrecht «aufs schamloseste der Unordnung und Unfähigkeit bezichtigt» hatten.¹²² Der parteipolitische Schlagabtausch erfolgte,

¹¹⁹ Bartlome 1996; Junker 1968, 60-69, 110-120; Moser 1977, 27f.; Maurer 1965, 441, 56f.; Junker/Maurer 1968, 14-29; Junker 1996, 174-183; Moser 2001/02, Bd. 13/6, 15; Rieder 2001. • ¹²⁰ Moser 1977, 99f. • ¹²¹ Jost 1973, 94f., 116f., 160; Jost 1977, 99, 147f.; Egger 1952; Stettler 1980, 321, 57, 507f. • ¹²² Protokoll SR, 1.7.1920, 5. Zu den Finanzen: Remund 1938.

Abb. 101

Hermann Lindt (1872-1937), Stadtpräsident 1920-1937, Ölgemälde von Martin Lauterburg (1891-1960), 1924. Der Fürsprecher und langjährige nebenamtliche Gemeinderat wurde 1920 als Vertreter der neuen Bürgerpartei zum hauptamtlichen Tiefbaudirektor und Stadtpräsidenten gewählt. Bei aller Anhänglichkeit an die bernische Tradition vermochte er auch mit den Forderungen der Zeit Schritt zu halten, wie der Nachruf im Verwaltungsbericht festhielt.



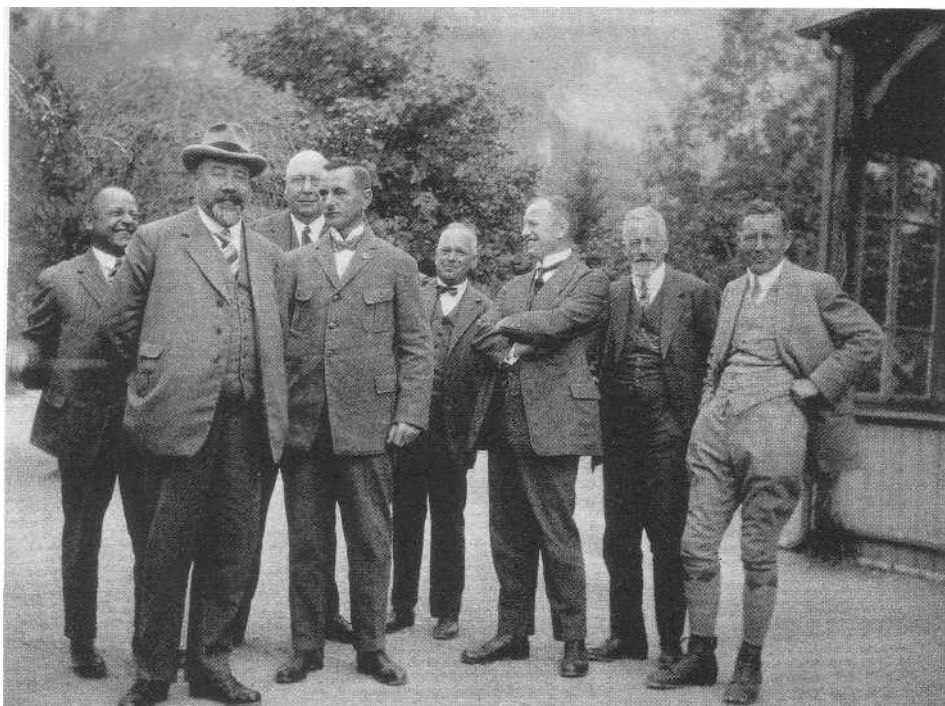
weil die bis 1913 im Gleichgewicht liegenden städtischen Finanzen völlig aus dem Lot geraten waren: Grosse Bauaufgaben im Hinblick auf die Landesausstellung 1914 und die kriegsbedingten Notstandsmassnahmen hatten zu wachsenden Ausgabenüberschüssen und in die Höhe schnellenden Schulden geführt. Zur Deckung dieser finanziellen Lasten musste die Stadt mehrere zusätzliche Anleihen aufnehmen. Als sie auf dem schweizerischen Geldmarkt keinen Kredit mehr finden konnte, beschloss die Gemeinde 1920 ein denkwürdiges Anleihen in Amerika und verpfändete das Kornhaus, die Häuser Bundesgasse 38 und 40 sowie weitere Liegenschaften. Dank Erhöhung des Steuerfusses, grösserer Reingewinne der Industriellen Betriebe und Sparmassnahmen in allen Verwaltungsabteilungen wies die Gemeinderechnung bereits 1920 wieder einen Einnahmenüberschuss aus. Mit Ausnahme der Jahre 1925 und 1926 blieb das Rechnungsergebnis bis in die 1930er-Jahre positiv. Die Schulden erreichten 1925 den höchsten Stand und sanken mit der Rückzahlung des Dollaranlehens.¹²³

Doch ab 1931 belastete die Weltwirtschaftskrise den städtischen Haushalt massiv. Im Stadtrat löste die Krisenlage eine Reihe von Vorstössen aus. Die Debatte drehte sich grundsätzlich um die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Der Gemeinderat formulierte eine Wunschliste von Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: «Ferner wird an die Solidarität der Arbeitgeber appelliert, dass sie nicht ohne Not Arbeitskräfte von auswärts kommen lassen. Ein weiterer Wunsch geht dahin, dass die Mechanisierung in den Bureaux bei der gegenwärtigen Krise nicht weiter ausgedehnt werde. Dann sollten überall da, wo es möglich ist, männliche Angestellte und in erster Linie Familienväter Berücksichtigung finden. Pensionsberechtigte sollen Jüngern Kräften Platz machen, das ungerechtfertigte Doppelverdienertum ist abzuschaffen und zu Schwarzarbeit oder Nebenverdienst soll sich kein Fixbesoldeter hergeben.»¹²⁴

¹²³ Protokoll SR, 26.2.1920, 73-75; 16.7.1920, 18-21; 15.10.1920, 46-48; 25.10.1920, 56-58; 25.11.1920, 87-91; Statistisches Amt der Stadt Bern 1940, 70-75.° ¹²⁴ Protokoll SR, 20.10.1933, 94 (Zitat), 85-95.

Abb. 102

Der Gemeinderat besucht das städtische Schulferienheim auf der Schweibenalp bei Brienz 1928. Die Bergterrasse über dem Brienersee liegt in der Nähe der berühmten Giessbachfälle. In guter Stimmung sind von links: Otto Steiger, Direktor der sozialen Fürsorge; Hermann Lindt, Stadtpräsident und Baudirektor I; Hans Blaser, Baudirektor II; Ernst Bärtschi, Schuldirektor; Robert Grimm, Direktor der industriellen Betriebe; Fritz Raaflaub, Finanzdirektor; Emil Baumann und Hans Jäcklin, nacheinander Direktoren des Elektrizitätswerks. Polizeidirektor Oskar Schneeberger fehlt.



Der Kampf gegen das Doppelverdienstertum wurde tatsächlich ausgefochten, entbehrte allerdings eines realen Hintergrunds, da Frauen zu jener Zeit ohnehin schon grosse Mühe hatten, eine Anstellung zu finden, und Frauenarbeit selten wirklich eine Konkurrenz zur Männerarbeit darstellte. So musste der Stadtrat 1933 mit Überraschung zur Kenntnis nehmen, dass in der Gemeindeverwaltung nur wenige Fälle von Doppelverdienenden zu finden waren. Der Gemeinderat lehnte daher eine Revision der Gemeindeordnung zur Ausschliessung der Frauen ab, da in einer solchen Massnahme eine gewisse Härte liegen würde. Die Frau hätte ebenfalls ein Recht auf eine selbständige Existenz; er erwartete aber von den verheirateten Beamtinnen und Lehrerinnen Verständnis für die gegenwärtige Lage ihrer stellenlosen (ledigen) Kolleginnen. 1937 nahm schliesslich die Gemeinde eine Vorlage, die ein Verbot des Doppelverdienstertums forderte, mit einem Stimmenverhältnis von 5 zu 1 an.¹²⁵

«Auftakt des berechtigten Strebens nach Gleichberechtigung der Frau»¹²⁶

Im Ersten Weltkrieg unterstützten die Frauenorganisationen den von der Kriegsmobilisation schwer beanspruchten (Männer-)Staat auf allen Ebenen. Als Belohnung für die Bewährung in zahlreichen Funktionen wähten die Frauenrechtlerinnen das Stimmrecht in Griffnähe. Die stadtbernerische Entwicklung war jedoch abhängig von den kantonalen Rechtsgrundlagen. So startete im Hinblick auf die Ausarbeitung des Gemeindegesetzes von 1917 das Aktionskomitee für das Frauenstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten unter dem Präsidium von Emma Graf und mit Agnes Debrit-Vogel (1892-1974) als Sekretärin eine aufwändige Propagandaaktion, kam aber nur einen kleinen Schritt weiter. Frauen konnten nun in Schul- und Armenkommissionen gewählt werden. Zudem erhielten sie ein eingeschränktes Stimmrecht in den Kirchgemeinden. Eine Bresche war geschlagen und nach der SP nahm nun auch die Fortschrittspartei Frauen als Mitglieder auf.¹²⁷

¹²⁵ Protokoll SR 7.4.1933, 51-56; Botschaften GA, 6./7.11.1937, 15-20; Adam 1944, 43ff.; Ziegler 1996. Der als ausserordentliche Krisenmassnahme gedachte Beschluss überlebte bis in die Zeiten eines ausgetrockneten Arbeitsmarkts. 1962 zunächst gelockert, wurde diese nach den Worten von Stadträtin Marie Boehlen, SP, mittelalterlich anmutende und gegen die Frau gerichtete Vorschrift zehn Jahre später ersatzlos gestrichen. Protokoll SR, 15.6.1972, 344-347. • ¹²⁶ Ariste Rollier (1880-1934), FDP, Stadtratspräsident 1928, Protokoll SR, 11.1.1929, 5. • ¹²⁷ Lüthi 1991, 118; Hardmeier 1997, 175-179.



Abb. 103

Im Dienst der Frauenbewegung: Emma Graf (1865-1926), links, stieg von der Weissnäherin zur promovierten Germanistin und einer der gebildetsten Frauen der Schweiz auf. Als erste Frau unterrichtete sie wissenschaftliche Fächer am staatlichen Lehrerinnenseminar in Bern. 1915 gründete sie das Jahrbuch der Schweizerfrauen. Agnes Debrit-Vogel (1892-1974) redigierte jahrzehntelang die Frauen-Zeitung «Berna», kämpfte in mehreren Organisationen für das Frauenstimmrecht und sorgte als Chronistin der Frauenbewegung dafür, dass deren Geschichte nicht verloren ging.

Trotzdem waren die Jahre nach 1920 von Stagnation und Rückschlägen geprägt. Die Frauenbewegung war ein Kampf der Geschlechter, der nicht nur auf der Ebene der politischen Rechte ausgefochten wurde, sondern überall dort, wo es aufgrund geschlechtsspezifischer Rollenzuteilungen zu Benachteiligungen kam. Daher suchte der Frauenstimmrechtsverein Bern die Verbindung zu andern Kampfterritorien wie der Berufsbildung und der Berufsarbeit und ergriff 1919 die Initiative zum Zusammenschluss von 16 stadtbernischen Frauenvereinen; dieser breit gefächerte Bernische Frauenbund erweiterte sich 1928 zur kantonalen Organisation, die Rosa Neuenschwander (1883-1962) während über 30 Jahren präsiidierte. Als Erstes führte der Frauenbund 1921 den zweiten Schweizerischen Kongress für Fraueninteressen in der Aula der Berner Universität durch.¹²⁸ Eine neue Generation von Frauenrechtlerinnen entwickelte unter anderem Ausstellungen der Frauenarbeit zum politischen Kampfmittel. Rosa Neuenschwander, die erste Berufsberaterin für Mädchen und massgebliche Förderin der Frauenberufsbildung, organisierte 1923 in der Spitalacker-Turnhalle die erste Frauengewerbeausstellung.¹²⁹ Der Erfolg ermutigte die Frauen zum ganz grossen Anlass: Dank gewaltiger unentgeltlicher Vorarbeit unzähliger Helferinnen fand vom 26. August bis 30. September 1928 auf dem Viererfeld in Bern - dem Gelände der Landesausstellung von 1914 - die erste Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit (Saffa) statt.¹³⁰ Rund 800 000 Menschen - ein Viertel der damaligen schweizerischen Bevölkerung und zehnmahl mehr als erwartet - besuchten die Pavillons zu den verschiedensten Themen von Hauswirtschaft bis Freie Kunst, von Krankenpflege bis Wissenschaft und Hessen sich sowohl die moderne erwerbstätige Frau wie auch die traditionelle Hausfrau, Mutter und Konsumentin zeigen. Der Blick auf die Bedeutung der Frauen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verlieh der Frauenbewegung Ansehen und neues Selbstvertrauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Trotzdem behielt die Schnecke, mit der die Frauen im Eröffnungsumzug die Entwicklung der Stimmrechtsfrage symbolisch dargestellt hatten, bis 1971 ihre Gültigkeit. Auch die im Überchwang des Saffa-Erfolgs dem Bundeshaus übergebene Frauenstimmrechtspetition von

¹²⁸ BW, 1921, 479-482, 492f. • ¹²⁹ Bernischer Frauenbund 1945; BW, 1923, 499, 504f.; Lüthi 1991, 9-24, 38f. • ¹³⁰ BW, 1928, 426-428, 498-501, 514-517, 527-530, 542-547, 556-562, 574-579, 587-590; Arnold 2001, 111-115; Jörg 2000, 1401; Krähenbühl 2000, 206; Voegeli 1988; Ruckstuhl 1986, 29-31; Lüthi 1991, 40-42.



Abb. 104

Bernerinnen bei der Übergabe der ersten landesweiten Frauenstimmrechtspetition am 6. Juni 1929. Die von der Präsidentin des Frauenstimmrechtsvereins Bern, Anna Louise Grütter (1879-1959), geleitete Sammlung ergab die bis dahin unerreichte Zahl von rund 248 000 Unterschriften (fast ein Drittel von Männern). In feierlicher Prozession überreichten die Frauen die Petition den beiden Präsidenten der Eidgenössischen Räte und dem Bundesrat. Der strömende Regen vermochte die Hochstimmung der von Spöttern als «Saffaschnägg-Walküren» bezeichneten Bittstellerinnen nicht zu trüben.

1929 verschwand dort einstweilen in einer Schublade wie viele andere Vorstösse zuvor und danach.¹³¹

Gegen kommendes Unheil erliessen die schweizerischen Frauenverbände zum 1. August 1933 einen Appell an die Schweizer Frauen, für die nationale Zusammengehörigkeit und für die vermehrte Mitarbeit der Frauen und Mütter im öffentlichen Leben einzutreten. Das Berner Lokalkomitee der daraus entstandenen Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie organisierte anlässlich der Abstimmung über die Totalrevision der Bundesverfassung 1935 eine Feier im Berner Münster, um ein Bekenntnis zur Demokratie abzulegen.¹³²

Frontismus und Nationalsozialismus in Bern

«Auf unsere frontistischen Parolen wollen die Berner ja doch nicht hören!»¹³³ - Die Voraussetzungen für die Entwicklung der antidemokratisch-autoritären Erneuerungsbewegungen, der so genannten Fronten, waren nach dieser Selbsteinschätzung der Beteiligten in der Bundesstadt nicht günstig. Zwar waren frontistische Organisationen auch in Bern mit einer örtlichen Sektion präsent, aber das halbe Dutzend näher bekannter Gruppierungen blieb von den Mitgliederzahlen her unbedeutend und politisch wirkungslos. Die wichtigste darunter, die Nationale Front, ist in Bern ab Juni 1933 fassbar. Damals unternahmen deren Mitglieder im Volkshaus einen Werbeversuch unter den Arbeitern, der mit einer Schlägerei endete. Es formierten sich eine Ortsgruppe Bern und für kurze Zeit auch eine Hochschulgruppe Natio-

¹³¹ BW, 15.6.1929, 361, vor 363; Hardmeier 1997, 291-296. Nur das kirchliche Stimmrecht wurde etappenweise erweitert. Den langen Weg der bernischen Frauenbewegung stellt Lüthi 1991 dar. • ¹³² Gosteli (Hg.) 2000, 585; 663. • ¹³³ Die Front, 19.6.1937, zitiert nach Arber 2003, 26. Der folgende Abschnitt basiert hauptsächlich auf Arber 2002; einzelne Bezüge auf Bern: Rings 1997; Wolf 1969; Glaus 1969.

Abb. 105, 106
 «Malaktionen» der Frontisten 1934. Die Ortsgruppe Bern der Nationalen Front versuchte mit Schmierereien wie «Juda verrecke» an der Berner Synagoge und an andern Gebäuden auf die Bevölkerung einzuwirken. Unbekannte veranstalteten im Dezember 1934 die Ankündigung eines Vortrags des Lebensreformers Werner Zimmermann (1893-1982) im Schaufenster der Buchhandlung «die neue zeit» an der Laupenstrasse 3 mit nationalsozialistischen Parolen (gegenüberliegende Seite).

zum Anlernen
 e)
 Berufs:
 liches und Hotelverjonal
 beitsamt zu beziehen.
geantfalt Holligen
 leihnachtsfeier in auf
 nachmittags 5 Uhr. fest-
 uren werden mit Beheim
 ie auf Buntst adreholt.
 Der Verwalter.
ifikation.
 rner Kormann, Archi-
 teauftragter. 53-244
 ng eines nordöstlichen
 Nr. 117 Brünnenstrasse
 lten Profilen.
 » Gezeichnete Pläne
 esember 1934, auf dem
 undesgasse 40, 3. Stod.
 gekennzelte Eintrachen
 1934 einzureichen sind.
 1934.
 lche Baubirection II.

ifikation.
 lter Hans, Architekt in
 53-243
 ng eines Garagegebäu-
 ni der Reissma Nr. 21
 tellten Profilen.
 » Gezeichnete Pläne
 esember 1934, auf dem
 undesgasse 40, 3. Stod.
 gekennzelte Eintrachen
 1934 einzureichen sind.
 1934.
 lche Baubirection II.

Das Brot **GRANOR** ist erhältlich bei:
Chr. Hostettler, Bäckerei, Helvetiastr. 27 (Kirchenf.)
Chr. Mischler, Bäckerei, Lerchenweg 57 (Länggasse)
F. Sahli, Bäckerei, Lentulusstrasse 46
Reformhaus „Qualité“, Ryfflihof, Neugasse 80
Jb. Liechti, Stand h. Zurbrugg-haus, Waisenhausplatz.

grossratsaal
samstag, 15. dez., 20 h 15
 spricht
werner zimmermann
 über:
freiheit durch bejahung!

was ist freiheit und wie verwirklichen wir sie?
 für die person und für das volk?
 körperlich, seelisch und wirtschaftlich?
 durch das nein des hasses, der gewalt?
 durch das ja der liebe, des verstehens,
 des aufbaues!

reduzierte karten zu fr. 2.20, 1.65, 1.10 in der buchhand-
 lung „die neue zeit“ ed. tankhauser, laupenstrasse 3 (gegenüber
 kino „bubenberg“).
 an der abendkasse fr. 2.75 und 2.20.

beachtet die presseurteile u. bücher-ausstellung i. schaufenster, laupenstr. 3

M. LUTZ, ARCH. BER
 Telefon 21.24



Der
Sedec
 als Festgescher
 Damenhüte
 Sport-Garniture
 Eoharpen
 Gravatten
 Umtausch nach
 Festtagen gestat

Zimmermann
 46 Marktgasse
 74.42

OGGASTION!
 Zu verlaufen
Egger Super
 Modell 1928 in aufer
 hande aus Privat
 zum Preis von Fr. 85
 Amilchenhändler nach
 Schriftliche Antrage
 ter Nr. 67143 an Auf
 las Bern. 67

nale Front Bern, beide unter dem Solothurner Jus-Studenten und Berner Gauführer Ubaldo von Roll (1908-1976).¹³⁴

Die Ortsgruppe Bern der Nationalen Front beteiligte sich im Wahlkreis Bern-Stadt nie an Gemeindewahlen, hingegen 1934 an den Grossratswahlen und zusammen mit der Heimatwehr 1935 an den Nationalratswahlen. Sie vermochte dabei aber nicht einmal zwei Prozent der Wähler zu mobilisieren. 1937 umfasste sie etwa 70 Mitglieder; Saalsperren verschiedener Wirte der Stadt erschweren ihre Aktivitäten. Sie griff daher zu unlauteren Methoden, wie zum Beispiel der Bemalung von Hausfassaden mit vermeintlich kommunistischen Parolen («Heil Stalin» oder «Heil Moskau»), um auf die rote Gefahr aufmerksam zu machen. Polizeidirektor Eduard Freimüller bezeichnete ihr Vorgehen beim einzigen Mal, als die Fronten im Stadtrat ein Thema waren, als «in höchstem Masse verwerflich» und als «Verwilderung der politischen Kampfweise»; gleichzeitig bedauerte er «die von den Gerichten angewandte Milde». ¹³⁵ Der Marsch auf Bern im gleichen Jahr war mit rund 1000 Teilnehmenden auf dem Bundesplatz die grösste Demonstration der Frontisten in der Schweiz und führte nach einem nicht bewilligten Umzug durch die Stadt zu kleineren Zusammenstössen mit der Polizei.

Die Eidgenössische soziale Arbeiterpartei (1936) und der Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung (1938) waren kleine Abspaltungen der Nationalen Front, die sich vorwiegend durch hetzerische und antisemitische Zeitungs- und Flugblattaktionen bemerkbar machten. So montierten Mitglieder am Thunplatz eine Parteifahne. Der Bund hatte ein «Heim» an der Junkerngasse 51. 1940 vereinigten beide sich mit der noch im gleichen Jahr durch Bundesbeschluss wieder aufgelösten Nationalen Bewegung der Schweiz und bildeten eine Ortsgruppe Bern von etwa 50 Mitgliedern. 14 davon schlossen sich als Na-

¹³⁴ Ungewollt zur grössten Aktion kamen die Berner Frontisten, als sie an einer Veranstaltung am 13. Juni 1933 die «Protokolle der Weisen von Zion» verteilten und daraufhin in den weltweit beachteten Berner Prozess um diese anti-jüdische Hetzschrift hineingezogen wurden, siehe S. 219. • ¹³⁵ Protokoll SR, 5.11.1937, 85.



tional-Bernischer Sportverein zu einer Elitetruppe im Stile der deutschen Terrororganisation SS zusammen.

Die Berner Ortsgruppe der radikal antijüdischen und auf ein nationalsozialistisches Europa ausgerichteten Eidgenössischen Sammlung bestand ab November 1940; trotz Bedenken zog die Kantonspolizei die intensive Kontrolle einem Verbot vor. Dieses erfolgte erst im Juli 1943 durch den Bundesrat und bedeutete das Ende der Frontenbewegung.

Eine grössere Bedrohung stellten zeitweise die in der Schweiz lebenden Deutschen dar, die in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) organisiert waren. Nach Hitlers Machtergreifung 1933 kamen zu den sieben bestehenden Vereinen der Deutschen Kolonie in Bern - des Dachverbands ortsansässiger Reichsangehöriger - zehn neue Organisationen mit nationalsozialistischer Prägung hinzu, die alle unter der Führung von NSDAP-Mitgliedern standen. Die alten Vereine widersetzten sich anfänglich der Politisierung und Gleichschaltung im Sinne des Führerprinzips.¹³⁶

Die nationalsozialistischen Umtriebe strahlten auf eine weitere Öffentlichkeit aus. Im Grossen Rat erkundigte sich Robert Grimm am 8. Juli 1935 nach dem diesbezüglichen Kenntnisstand und der Haltung des Regierungsrats. Hinsichtlich der Gefährdung der Beamten-schaft des Staates durch nationalsozialistische Infiltration gab ihm die Regierung indirekt Recht, indem sie nur eine Woche später in einem Kreisschreiben erklärte, dass die leitende Funktion in entsprechenden Organisationen mit der staatlichen Verwaltungstätigkeit nicht vereinbar sei.¹³⁷

Im Mittelpunkt eines vielfältigen Beziehungsnetzes stand die deutsche Gesandtschaft. Einerseits genoss sie seitens der Stadtpolizei polizeilichen Schutz, namentlich wenn sie zu bestimmten Anlässen die Hakenkreuzfahne hisste, beispielsweise im Berner Münster 1934 anlässlich der Trauerfeier für den verstorbenen deutschen Reichspräsidenten Hindenburg. Andererseits wurde sie diskret beobachtet, da Spionagetätigkeiten von ihr ausgingen. Auch die finanzielle Unterstützung der Schweizer Frontisten wurde über sie abgewickelt. Von besonderem Interesse für ein weiteres Publikum waren wöchentliche Filmvorführungen in dem damals der deutschen Gesandtschaft zugehörigen Haus an der Muristrasse 53, wo in der Schweiz sonst zensurierte Filme und Wochenschauen gezeigt wurden.¹³⁸

Schliesslich war auch die Universität ein Ort nationalsozialistischer Agitation in Bern.¹³⁹ Allerdings wirkten eine Vereinigung von sieben Studenten und drei Studentinnen sowie einzelne nationalsozialistisch gesinnte Professoren ohne nennenswerten Erfolg. Während der Leiter der Ortsgruppe der NSDAP und der Deutschen Kolonie, Walter Porzig (1895-1961), als Lehrer für Indogermanistik vom Regierungsrat 1935 entlassen wurde, verzichtete sein Stellvertreter, Wilhelm Michaelis (1896-1965), auf die politischen Nebenämter und blieb bis zu seinem Tode Theologieprofessor in Bern.¹⁴⁰ Helmut de Boor (1891-1976), Professor für ältere Germanistik, Mitglied der NSDAP und Vertrauensmann der deutschen Gesandtschaft, wurde erst nach dem Krieg auf Antrag der Bundesanwaltschaft ausgewiesen. Von den Professoren schweizerischer Herkunft hatten einzelne im Neuen Deutschland Schwierigkeiten bekommen und waren deshalb nach Bern zurückgekehrt. Ein Zeichen gegen den Antisemitismus wurde mit der Wahl des Juden Fritz Strich (1882-1963) aus Königsberg zum Professor für neuere Germanistik gesetzt. Im Übrigen stand die Berner Professorenschaft auf dem Boden eines

¹³⁶ StAB, BB 4.1.1702, Sicherheits- und Kriminalpolizei der Stadt Bern: Bericht über die Umtriebe deutscher Vereine (...), 6.7.1935, 15-17. • ¹³⁷ Tagblatt des Grossen Rats des Kantons Bern, 1935, 395f., 585f., 780. • ¹³⁸ Zur Villa Jenner, die seit 1926 im Besitz der Tschechoslowakischen Republik stand: Aerni/Kováč 1995. Dort war auch die Ortsgruppe Bern der NSDAP domiliziert. Adressbuch der Stadt Bern 1942, 186. * ¹³⁹ Zum Folgenden: Scandola (Red.) 1984, 84-87, 151-154, 469-471; Rogger 2000, 153-164. • ¹⁴⁰ Dabei spielte auch eine Rolle, dass kirchlich-konservative Kreise eine allfällige Berufung des sozialistischen Theologen und Gegners der Nationalsozialisten Karl Barth (1886-1968) zu verhindern suchten. Rogger 2000, 158f.

liberalen Bürgertums, wenn auch Ängste angesichts der bedrohlichen politischen Lage vorhanden waren. Die Studentenschaft war stark in der Geistigen Landesverteidigung verankert und folgte in der Abwehrbereitschaft gegen linke und rechte Diktaturen alteidgenössischen Vorbildern. Bereits um 1930 war in der Affäre um den exzentrischen Romanistikprofessor Gonzague de Reynold (1880-1970) eine Abgrenzung gegen die autoritäre Rechte erfolgt. Seine katholisch-aristokratischen Auffassungen führten zu Pressepolemiken, einer von FDP, BGB und SP gemeinsam getragenen Petition und zu Debatten im Grossen Rat, die ihn 1932 zur Rückkehr nach Freiburg bewogen.¹⁴¹

In dieser kritischen Zeit beschäftigte die Einbürgerungspraxis den Stadtrat. Unter Berufung auf die wachsende Erbitterung in der Bevölkerung über eine schleichende Überfremdung verlangte die Bürgerpartei 1934 eine bessere Assimilation der Gesuchsteller sowie Auskunft über deren Moral. Der Gemeinderat verwies auf die bereits verschärften Richtlinien und lehnte auch vier Jahre später weitere Einschränkungen ab.¹⁴²

Im Zuge der politischen Säuberung nach Kriegsende nahm die Polizei vom 8. bis 15. Mai 1945 in der Stadt Bern Hausdurchsuchungen vor, die allerdings wegen vorgängiger Verbrennungsaktionen kein «schwerwiegend belastendes Material» mehr erbrachten.¹⁴³ Der Polizeidirektor Eduard Freimüller (1898-1966) berichtete im Stadtrat in seiner Antwort auf eine Interpellation des späteren Regierungsrats Fritz Giovanoli (1898-1964), SP, über die polizeilichen Massnahmen gegen faschistische und nationalsozialistische Umtriebe seit 1923, als ein Fascio di Berna erstmals in Erscheinung getreten war.¹⁴⁴ Der italienische Faschismus habe aber in Bern keine grosse Bedeutung gehabt. Hingegen gestaltete sich die Arbeit des kleinen, 1933 geschaffenen Nachrichtendienstes gegen den weitaus einflussreicheren Nationalsozialismus äusserst schwierig, weil die NSDAP unter dem Schutz der Gesandtschaft wirkte; trotzdem hätten alle neun Ortsgruppenleiter schliesslich gezwungen werden können, ihre Tätigkeit in Bern aufzugeben und das Land zu verlassen. Insgesamt führte Freimüller zum Teil mit Namen rund 200 Fälle von Ausweisungen unerwünschter Personen vorwiegend reichsdeutscher Herkunft aus dem Gebiet der Gemeinde Bern auf. Er schloss seinen Bericht mit der Feststellung, dass die von den «Polizeiorganen geleistete und der Öffentlichkeit nicht bekannte Arbeit all die Jahre hindurch sehr gründlich und hauptsächlich in der letzten Zeit äusserst umfangreich» gewesen sei.¹⁴⁵ Gleichzeitig belastete er das Eidgenössische Politische Departement wegen seiner zögerlichen Haltung.¹⁴⁶ Der Interpellant erklärte sich vollständig befriedigt. Eine weitere Aufarbeitung der rechtsextremen Aktivitäten fand nicht statt.

Punktuell erhellen die Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen die damalige Lage. Sie schilderten zum Beispiel Nazi-Sympathisanten, die Tätigkeit im so genannten Judenbüro bei der eidgenössischen Fremdenpolizei und den alltäglichen Antisemitismus, der allerdings namentlich in Mittelschulen weniger militant war als der Deutschenhass.¹⁴⁷

¹⁴¹ Mattioli 1994, 189-200; Scandola (Red.) 1984, 84f. ⁹ **142** «Schon die kaum auszusprechenden Namen vieler Eingebürgerter bleiben für unsere Verhältnisse immer fremd, so dass für solche eine vorgängige Namensänderung am Platz wäre.» Otto Wirz (1890-1976), BP, Stadtratspräsident 1932. Protokoll SR, 16.2.1934, 16 (Zitat), ferner 16-19; 11.5.1934, 67; 17.6.1938, 691; 30.6.1938, 91-94; 10.3.1939, 31f. • **143** Protokoll SR, 15.6.1945, 159. Eine Diplomatingattin berichtet darüber Folgendes: «In den letzten Tagen vor Kriegsende spielten wir auf einem Platz in der Nähe der deutschen Gesandtschaftskanzlei. Dort waren sie gerade dabei, Akten zu verbrennen. Der Rauch drang fast bis auf den Tennisplatz. Lady Norton spielte noch schlechter als sonst, weil sie eine solche Wut kriegte: «Why do the Swiss not stop them?» Warum denn die Schweizer das nicht stoppen würden und zulassen, dass die Deutschen so viele Akten verbrennen könnten. Ich sagte: «Wir können nichts machen, wir sind neutral.»» Dejung/Gull/Wirz 2002, 412. • **144** Protokoll SR, 15.6.1945, 153-161; Arber 2003, 9f. • **145** Protokoll SR, 15.6.1945, 160. • **146** Ebenda, 158f. Moser 2001/02, Bd. 13/3, 681; Bd. 13/4, 21. # **147** Marthe Gosteli (geboren 1917), Ruja Erb (geboren 1915), Margrit Brügger (geboren 1920) siehe Dejung/Gull/Wirz 2002, 139f., 304f., 339; Max Ulrich Balsiger (geboren 1924) siehe Balsiger 1997; Greta Tribolet Witmer (geboren 1926) siehe Tribolet Witmer 1995.

Abb. 107

Mobilisation auf dem Bahnhofplatz am 2. September 1939. Damit die aufgebotenen Soldaten einrücken konnten, mussten sämtliche Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Gemeinderat rief zu Entschlossenheit und Zuversicht auf, warnte vor Angstkäufen und Gerüchternacherei und sicherte den zurückbleibenden Angehörigen von Wehrmännern Notunterstützung zu.



Die Stadt im Zweiten Weltkrieg

Die Schweiz war beim Kriegsausbruch 1939 besser vorbereitet als 1914 und die kriegswirtschaftliche Landesversorgung funktionierte effizienter als im Ersten Weltkrieg, so dass nach Kriegsende nicht annähernd vergleichbare soziale Spannungen auftraten wie im Landesstreik 1918. Die vom Bund den Kantonen und Gemeinden aufgetragenen kriegswirtschaftlichen Massnahmen wurden in der Stadt Bern nicht einer zentralen Amtsstelle übertragen, sondern auf die bestehenden Verwaltungsabteilungen verteilt. Dies erschwerte gelegentlich den Überblick, brachte aber wesentliche Kosteneinsparungen.¹⁴⁸ Einzig die Kontrolle über die erheblichen zusätzlichen Finanzmittel oblag einer zentralen Rechnungsstelle beim Finanzinspektorat. Bereits im Mai 1939 war angesichts der gespannten internationalen Lage und der Wirtschaftsverhältnisse ein Extrakredit «für vorsorgliche Massnahmen in ausserordentlichen Zeiten» in der Höhe von einer Million Franken im Stadtrat diskussionslos und in der folgenden Gemeindeabstimmung deutlich genehmigt worden. Bis 1948 stiegen die kriegswirtschaftlichen Ausgaben der Stadt Bern netto auf über zehn Millionen Franken, was knapp vier Prozent der Gesamtausgaben in diesem Zeitraum ausmachte.¹⁴⁹

Die Verwaltung hatte beträchtliche Mehrarbeit bei massiv reduziertem Personalbestand zu bewältigen. Teilweise rückten Frauen in Männerberufe nach, wie etwa die Billetteusen bei der Strassenbahn. Zwar bewährten sie sich, aber nach dem Ende des Aktivdienstes wurden sie entlassen, und es herrschte wieder der «normale» Betrieb. Dies galt auch für die übrigen

¹⁴⁸ Gemeinderat der Stadt Bern 1949; Kästli et al. 1988; zu Bern im Jahr 1939: Schmezer 1989; zu Bümpliz 1939-1945: Arber 2002a. ¹⁴⁹ Protokoll SR, 5.5.1939, 80f.; Botschaften GA, 374.6.1939, 51 f.; Statistisches Jahrbuch der Stadt Bern, 1948/49, 123.

Bereiche, in denen die Frauen die im Militärdienst weilenden Männer zu ersetzen und die Auswirkungen der kriegsbedingten Mangelwirtschaft auf Haus und Familie zu tragen hatten. Der Zivile Frauenhilfsdienst organisierte Dörr-, Flick- und andere Hilfsaktionen und nahm die Kriegswäschereien aus dem Ersten Weltkrieg wieder auf. Frauen probten gar den kriegerischen Ernstfall, indem sie unter dem hohen Dach des Verwaltungsgebäudes der Bernischen Kraftwerke am Viktoriaplatz Schiessübungen abhielten. Die Schuldirektion organisierte freiwillige Hilfsaktionen von Schülerinnen und Schülern des städtischen Gymnasiums und anderer oberer Klassen auf bäuerlichen Betrieben der Umgebung.¹⁵⁰

Die Hauptanliegen des Gemeinderates waren der Schutz der Bevölkerung vor Luftangriffen und die Sicherung der Lebensmittelversorgung. Zum Luftschutz hatte schon 1935 in der grossen Halle der Reitschule eine Ausstellung stattgefunden, und im Juni 1939 bewilligte die Gemeinde Kredite für einen Luftschutzraum und weitere vorsorgliche Massnahmen gegen Luftangriffe. Öffentliche Schutzräume wurden beispielsweise unter dem Casinoplatz erstellt. Schliesslich konnten in 178 Schutzräumen der Stadt 9460 Personen Zuflucht finden. Hinzu kamen 4516 private Räume für 70 500 Personen, womit 60 Prozent der Bevölkerung geschützt gewesen wären. Die nächtliche Verdunkelung gegen Fliegerangriffe wurde in der Stadt Bern am 14. Juni 1937 erstmals geübt und blieb vom 7. November 1940 bis zum 12. September 1944 angeordnet. Bei den Strassenlampen gab es anfänglich Probleme, weil nicht alle zentral abgeschaltet werden konnten.

Noch bevor der Bundesrat im April 1939 die Bevölkerung aufforderte, Notvorräte an haltbaren Lebensmitteln anzulegen, hatte sich der Gemeinderat mit der Versorgungslage in ausserordentlichen Zeiten auseinander gesetzt. Die Rationierungsmassnahmen zogen sich dann vom 28. August 1939 bis ins Jahr 1948 hin. Lebenswichtige Güter konnten nur noch in vorgeschriebenen Mengen mittels besonderer Ausweise bezogen werden. Es gab auch Einschränkungen, die an traditionelle Lebensformen anknüpften wie den Verzicht auf Fleisch am Freitag aus religiösen Gründen: So war der Genuss von Fleisch jeweils am Mittwoch und am Freitag verboten oder erst ab 18 Uhr erlaubt. Die der Liegenschaftsverwaltung angegliederte Ackerbaustelle sorgte für Mehranbau auf Garten- und Sportanlagen.¹⁵¹

Die Verknappung von Benzin und Gummi legte den privaten Automobilverkehr weitgehend still. Die städtischen Buslinien führten nur noch bis zur nächstgelegenen Tramhaltestelle. Der Fahrplan wurde so weit als möglich reduziert. Mehrere Fahrzeuge wurden auf Holzgasbetrieb umgebaut und mit Kettenpanzern oder Hohlkammerreifen ausgerüstet. Die Linien Bahnhof-Bärengraben-Schosshalde und Insel-Bümpliz wurden auf Trolleybusbetrieb umgestellt. Andererseits waren trotz der erschwerten Verhältnisse zum Beispiel die Keuchhusten-Flüge der Alpar immer noch möglich, die den unter Erstickungsanfällen leidenden Kindern dank der raschen Druckänderung und der kräftigen Luftzirkulation Linderung oder gar Heilung versprachen.¹⁵²

Trotz von Anfang an streng kontrollierter Abgabe von Brennmaterial wurde die Versorgungslage 1944/45 prekär; Holz und Torf mussten die Kohle ersetzen. Die Schulen stellten auf die Fünftageweche um, um Heizmaterial zu sparen. Die Gasrationierung zog einen gesteigerten Verbrauch an Elektrizität nach sich, welchem dank dem 1943 in Betrieb genommenen Werk Innertkirchen einigermaßen entsprochen werden konnte. In wasserarmen Wintern mussten aber auch hier empfindliche Einschränkungen verfügt werden.¹⁵³

Verschiedene kriegswirtschaftliche Massnahmen wurden für Bümpliz gesondert organisiert, so zum Beispiel die Dörraktionen. Beim Statthalterschulhaus wurde die städtische Orts-

¹⁵⁰ Lüthi 1991, 90-94; BZGH, 64 (2002), 145f.; Tribolet Witmer 1998. • ¹⁵¹ Schmezer 1989, 60-64; BW, 3.1.1942, 3; 4.7.1942, 655. • ¹⁵² BW, 2.9.1939, 962; 27.10.1944, 1276f. • ¹⁵³ Zur Gasrationierung: Suter 1995.



Abb. 108

Ernst Bärtschi (1882-1976), Stadtpräsident 1937-1951, um 1940. Der Lehrer unterrichtete auf verschiedenen Stufen und stieg schliesslich zum Rektor des Real- und Handelsgymnasiums Bern auf. Als freisinniger Gemeinderat übernahm er folgerichtig die Schuldirektion. Während des Zweiten Weltkrieges setzte er sich auf nationaler Ebene für die Stärkung des Vertrauens von Volk und Armee in die politische und militärische Führung des Landes ein. Seinen Neigungen entsprechend engagierte er sich intensiv für das kulturelle Leben der Stadt.

fliegerabwehr zu Ausbildungszwecken in Stellung gebracht. Tatsächlich schoss sie auf alliierte Bomber, ohne allerdings jemals zu treffen; hingegen wurden Dächer beschädigt. Auch in andern Quartieren waren Geschütze stationiert. Als im August 1940 britische Flugzeuge nachts auf ihrem Weg nach Norditalien mehrfach die Schweiz überflogen und von der Ortsflab beschossen wurden, fragten Bewohnerinnen und Bewohner des Murifelds in einem Leserbrief nach Notwendigkeit und Sinn dieses Einsatzes, der die Nachtruhe weitherum mehr störte und die grössere Gefährdung darstellte als die in grosser Höhe fliegenden Bomber.¹⁵⁴

Im Übrigen blieb die Stadt vom Krieg verschont. Vom Gurten aus konnte Kanonendonner vom Westen her vernommen werden. Auch die Bombardierung von Mailand soll am 8. August 1943 in Bern zu hören gewesen sein.¹⁵⁵ Der Waffenstillstand am 8. Mai 1945 wurde auf Empfehlung des Bundesrates ohne laute Festlichkeiten gefeiert. Die Mädchenschule Monbijou pflanzte vormittags an ihrem künftigen Standort im Marzili eine Friedenslinde. Der Stadtrat versammelte sich zu einer ausserordentlichen Sitzung als Kundgebung der Freude und des Dankes; doch Stadtpräsident Ernst Bärtschi verwies auch auf die schon sichtbaren Spannungen zwischen den Siegermächten, die wirtschaftlichen Kriegsfolgen und darauf, «dass die Sprache, die wir sprechen, ausserhalb unserer Grenzen weithin verfermt sein wird». Gegen Abend bereitete die Menge General Guisan in der Marktgasse spontan eine begeisterte Ovation; um 20 Uhr läuteten die Münsterglocken. Die deutsche Gesandtschaft wurde geschlossen und versiegelt.¹⁵⁶

Zu einem wahren Triumphzug wurde 1946 der Besuch des britischen Premierministers Winston Churchill in Bern, wo er am 17. September in der Ansprache auf der Freitreppe des Rathauses einige Gedanken aus der berühmten Zürcher Rede vorwegnahm.¹⁵⁷

Bei der Behandlung des gemeinderätlichen Schlussberichts bezeugte der damalige Stadtratspräsident, welcher vorher Leiter der kantonalen Kriegswirtschaftsstelle gewesen war, dass die Stadt Bern über «eine der am besten funktionierenden kriegswirtschaftlichen Organisationen» verfügt habe.¹⁵⁸

Politik im Wandel

Machtkämpfe zwischen rechts und links

«Bei den Gemeindewahlen im Kanton Bern (...) ist die Frontstellung meistens eine klare: Bürgertum gegen Sozialdemokraten! Auch in der Stadt Bern wird unter diesem Schlachtruf gekämpft.»¹⁵⁹ Diese Analyse eines Zeitungskommentators galt bis in die 1950er-Jahre. Allerdings verloren die Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten im Lauf der Zeit an Schärfe. Der freisinnige Stadtrat Ernst Steinmann (1887-1962) verglich in seinen Erinnerungen den Betrieb im Berner Rathaus der 1950er-Jahre mit jenem vor 1920: «In unserer heutigen wehleidigen und humorlosen Zeit ist bekanntlich jeder persönliche Vorstoss verpönt. Ein witziger Zwischenruf wird von vielen (auch freisinnigen Klein- und Mittelgrössen) gerügt. Damals aber waren Salz und Pfeffer (gelegentlich auch Paprika) die üblichen Zutaten des parlamentarischen und politischen Waffenganges. (...) Grimm bediente das grosskalibrige Geschütz, Moor handhabte den Flammenwerfer (...). Keine Seite ist der andern etwas schuldig geblieben, und das gehört schliesslich zu den Regeln des politischen Kampfes.»¹⁶⁰ In einem

¹⁵⁴ Arber 2002a; TW, 28.8.1940, 1; Der Bund, 16.8.1980, 17. • ¹⁵⁵ Vgl. S. 131. • ¹⁵⁶ Protokoll SR, 8.5.1945, 108; BW, 18.5.1945, 602, 604, 613, 618. Im Rückblick: Der Bund, 8.5.1985, 25; 6.5.1995, 23; 19.8.1995, 25. • ¹⁵⁷ Der Bund, 18.9.1946, 1; Peter Martig in: Der kleine Bund, 13.9.1986, [7]; 20.9.1986, [6]; Gustav A. Lang in: Der Bund, 17.9.1996, 2. • ¹⁵⁸ Emil Wälti (1899-1969), FDP, Protokoll SR, 1.7.1949, 353. • ¹⁵⁹ Der Bund, 1.12.1951, zitiert nach Schweizer/Wiedmer 1989, 21. • ¹⁶⁰ Steinmann 1953, 31-33 (Zitat); 273-277.

Abb. 109

Gemeindewahlen 1935. Nach dem Beispiel der sozialistisch regierten Städte Zürich, Basel, Genf und Biel versuchte die SP auch in Bern, die knappe bürgerliche Mehrheit zu brechen. Ihre Gegner schlossen sich auf einer gemeinsamen Gemeinderatsliste zusammen. «Rot Bern!» und «Bürgertum, steh auf!» schallten als Kampfrufe dem noch unentschiedenen Wähler entgegen. Doch trotz des heftigen Wahlkampfes, den die Zeitschrift «Bärenspiegel» karikiert, veränderten sich die Kräfteverhältnisse kaum.



bürgerlichen Wahlauftritt tönnte es damals so: «Mitbürger! Stadtratswahlen zählen zu den Schicksalstagen Berns. (...) In frechem Übermut wollen die Sozialdemokraten die angestammte Mutzenfahne vom Erlacherhof herunterreissen. Soll wirklich die blutrote Fahne, das traurige Erinnerungszeichen an Landesstreik, Misswirtschaft, Kreditnot (...) wieder wie vor 1920 Bern von hoher Zinne herab verhöhnen? Nein!»¹⁶¹

1917/18 brachte die Not der Kriegsjahre den Sozialdemokraten erstmals die Mehrheit in den städtischen Behörden. Nach einem Wahlkampf «von beispielloser Härte»¹⁶² eroberten die Bürgerlichen, die sich nun aus der Freisinnig-demokratischen und der Bürgerpartei zusammensetzten, die Mehrheit zunächst 1920 im Gemeinderat und 1923 im Stadtrat zurück. Mit Ausnahme des linken Intermezzos von 1930/31 und der stillen Wahlen 1939 wurde bis 1951 die bürgerliche Mehrheit stets bestätigt.¹⁶³

Erst 1955, beflügelt durch Gewinne in den Grossrats- und Nationalratswahlen und unterstützt von einer neuartigen Wahlpropaganda, die erstmals Fotografien für die Präsentation der Kandidaten verwendete, gelang der SP der Durchbruch im Gemeinderat. Die bürgerliche Seite ortete die Hauptursachen der Niederlage in der Zersplitterung ihrer Kräfte.¹⁶⁴

¹⁶¹ SAB, D Couv Stadtratswahlen 1925, Wahlpropaganda, 5./6.12.1925. • ¹⁶² Steinmann 1953, 273. • ¹⁶³ Zu den Wahlen: Berichte des Statistischen Amtes der Stadt Bern; Wahlmaterialien in SAB, D Couv Gemeindewahlen; Schweizer/Wiedmer 1989; Weltwoche, 16.11.2000, o.S.; Artikel von Werner Seitz auf www.werner-seitz.ch. • ¹⁶⁴ Der Bund, 12.12.1955, 2.

Abb. 110

Otto Steiger (1890-1958), Stadtpräsident 1952-1958, Foto um 1956. Der Sohn eines Bierbrauers in Wabern, Fürsprecher und ab 1917 städtischer Polizeiinspektor, gelangte als Vertreter der kurz zuvor gegründeten Bürgerpartei 1920 in den Gemeinderat. Während 38 Jahren führte er die Direktion für soziale Fürsorge, die er nach neuzeitlich sozialen Gesichtspunkten ausbaute. Schliesslich rückte er zum Stadtpräsidenten auf. Unerwartet verstarb er im Amt an einem Herzinfarkt.

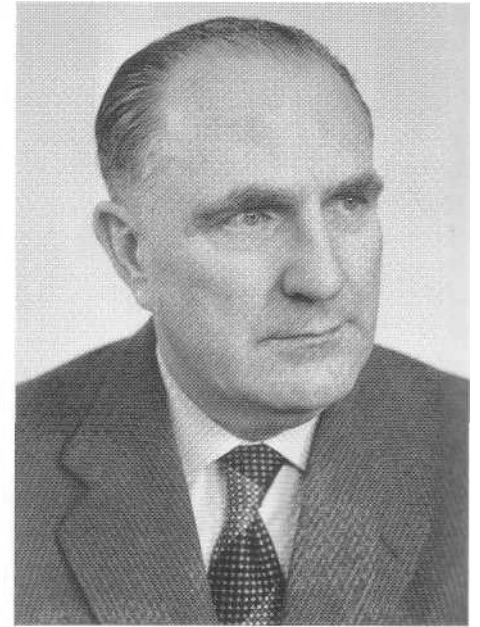


Abb. 111

Eduard Freimüller (1898-1966), Stadtpräsident 1958-1966, Foto von 1964. Aufgewachsen in bescheidenen Verhältnissen, genoss der Doktor der Staatswissenschaften bald grosses Ansehen in der sozialdemokratischen Partei und wurde 1926 deren erster Regierungstatthalter des Amtsbezirks Bern. Anschliessend stand er 33 Jahre lang der Polizei- und Sanitätsdirektion vor. Mit ihm wurde nach 1920 erstmals wieder ein Sozialdemokrat zum Stadtpräsidenten gewählt. Noch vor dem beabsichtigten Rücktritt verstarb er an den Folgen eines Verkehrsunfalls.

Im Stadtrat begannen kleine Parteien wie der Landesring und das nonkonformistische Junge Bern zwischen Bürgerlichen und Linken das Zünglein an der Waage zu spielen; mehr und mehr spalteten sich die anfänglich an einer Hand abzuzählenden Parteien. 1958 übernahmen die Sozialdemokraten mit Eduard Freimüller erstmals seit 1920 wieder das Amt des Stadtpräsidenten. Überraschend wurde der nachmals sehr populäre Vertreter des Jungen Bern, Klaus Schädelin (1918-1987), in den Gemeinderat gewählt, womit auch hier die Auffächerung des bisherigen politischen Dreiecks SP-FDP-BP einsetzte. Im bürgerlichen Block kam neu die Partei der Katholiken hinzu (seit 1970 Christlich-demokratische Volkspartei). 1966 siegte in einem heftigen, aber fairen Kampf ums Stadtpräsidium Reynold Tschäppät (1917-1979), SP, über Gerhart Schürch (1910-1994), FDP. Beide waren entgegen der Tradition als amtsjüngste Gemeinderäte nominiert worden.

Ab 1967 dehnten sich die Wahlkämpfe in quantitativer Hinsicht aus: Inserate, Werbematerialien und Kandidierende nahmen laufend zu; auch kleinste, kurzlebige Gruppierungen meldeten sich mit originellen Auftritten oder ausgefallenen Programmen zu Wort. 1967 begann auch die Serie der Abwählen im Gemeinderat: Mit Ausnahme von 1984 wurde bei jeder Wahl ein Mitglied nicht bestätigt, wobei fünfmal die Schuldirektion betroffen war. Der hochverdiente Gemeinderatsvizepräsident Paul Dübi (1908-1989), FDP, fiel nach 16 Jahren erfolgreicher Amtstätigkeit einer Proporzstücke zum Opfer; der Stadtrat hätte an einer Leichenfeier nicht erschütterter sein können.¹⁶⁵

Der Eintritt der Frauen in die Politik

Eigentlich hätten die Stadtberner Männer den Frauen in der kantonalen Abstimmung von 1956 endlich die politischen Rechte gewährt; doch erst 1968 ermächtigte der kantonalberrische Souverän die Gemeinden zur Einführung des Frauenstimmrechts auf Gemeindeebene.¹⁶⁶ Am 22. August desselben Jahres hielt der Stadtrat die historische Sitzung ab, an der er mit 60 zu 0 Stimmen die Einführung des Frauenstimm- und -Wahlrechts beschloss. Die Männer folgten ihm in der Gemeindeabstimmung vom 29. September 1968 mit 9636 Ja gegen 3439 Nein.¹⁶⁷ Der Anteil der Wahlberechtigten stieg bei einer Gesamtbevölkerung

¹⁶⁵ Protokoll SR, 14.12.1967, 2441, 262f. • ¹⁶⁶ Ruckstuhl 1986, 208-210; Lüthi 1991, 106-122. • ¹⁶⁷ Die Stimmbeteiligung lag unter 30%. Protokoll SR, 22.8.1968, 9-16; Botschaften GA, 29.9.1968, 5-10.

Beteiligung an Gemeindewahlen 1967-2000¹⁶⁸

Jahr	Stadtrat				Gemeinderat			
	Listen insgesamt	Kandidierende		gewählte	Listen insgesamt	Kandidierende		gewählte
		Total	Frauen	Frauen		Total	Frauen	Frauen
1967	8	295	–	–	5	10	–	–
1971	10	315	78	10	4	8	1	1
1976	13	384	85	15	8	13	1	1
1980	13	410	123	20	5	9	2	1
1984	12	430	148	18	8	15	3	1
1988	18	479	176	20	5	13	3	1
1992	17	451	175	35	4	15	3	3 ¹⁶⁹
1996	18	397	161	30	5	13	5	3
2000	20	432	184	33	7	18	6	3

von rund 160000 Personen von 28 Prozent (45000) im Jahre 1967 auf 65 Prozent 1971 (103 000).¹⁷⁰ Der anfallende Mehraufwand konnte nur bewältigt werden, indem das Stimmregister auf EDV umgestellt wurde. Deshalb mussten die Frauen der Stadt Bern noch bis zum 1. März 1970 warten, bevor sie sich erstmals an die Urne begeben konnten. Dann aber herrschte in den Wahllokalen vor allem bei den Frauen der mittleren und älteren Generation Hochstimmung über die endlich gewonnene Mündigkeit.¹⁷¹

Dafür gelangte bereits bei der ersten sich bietenden Gelegenheit eine Frau in den Gemeinderat: Am 15. November 1970 siegte anlässlich einer Ersatzwahl überraschend die langjährige Frauenrechtlerin Ruth Im Obersteg Geiser (geboren 1921) als Vertreterin der Bürgerpartei praktisch von der Küche aus knapp über einen erfahrenen Parteikollegen, der sinnigerweise seit vielen Jahren für das Frauenstimmrecht gekämpft hatte.¹⁷²

Anfechtungen gab es für die erste Stadtberner Gemeinderätin viele. Nach den Wahlen von 1971 versuchte das Junge Bern, Ruth Im Obersteg Geiser von der Baudirektion in die Schuldirektion zu versetzen, da im Schulwesen viele Frauen tätig seien im Gegensatz zur Baudirektion, die eine ausgesprochene Männerdirektion sei. Ein Vertreter der CVP apostrophierte daraufhin die Antrag stellende Fraktion nicht als «Junges» Bern, sondern als Bern im Jahre 1800. Die Baudirektorin selber hätte es als schwere Diskriminierung empfunden, wenn ihr persönlicher Entscheid übergangen worden wäre.¹⁷³ Eine solche musste sie dann anlässlich der Wiederwahl 1976 durchstehen, als ihre Partei sie nicht mehr nominierte. Die engagierte und von der Parteidoktrin unabhängige Frau wurde mit moralisch strengeren Massstäben gemessen als die männlichen Gemeinderatsmitglieder.¹⁷⁴ Dank einem breit abgestützten privaten Aktionskomitee schaffte sie die Wiederwahl ebenso wie in der Nachwahl von 1981. Übrigens hatte damals der Stadtratspräsident sie als im ersten Wahlgang Nichtgewählte bereits definitiv verabschiedet.

An den Stadtratswahlen durften die Frauen erstmals 1971 teilnehmen. Aus Männersicht waren sie die Ursache dafür, dass die seit dem Höchststand von 80 Prozent im Jahre 1920

• 168 Wahlprotokolle 1967-2000. • 169 1993-1996 aufgrund einer Nachwahl 4 Frauen. • 170 Statistisches Jahrbuch der Stadt Bern, 2001, 240. • 171 Der Bund, 2.3.1970, 3. • 172 Ruth Im Obersteg Geiser im Rückblick in: BZ, 21.4.2001, 36. Sie hatte den Beruf als Handelslehrerin zugunsten der Erziehung ihrer vier Kinder aufgegeben. • 173 Protokoll SR, 20.1.1972, 7-11. • 174 Der Bund, 22.3.1976, 9; BT, 28.4.1976, 1; TW, 29.4.1976, 1.

Abb. 112

Marie Boehlen (1911-1999) übergibt dem Regierungsrat Georges Moeckli (1889-1974) am 7. Juli 1953 die erste in der Schweiz von Frauen lancierte Initiative für das Frauenstimmrecht. Es waren dreimal mehr Unterschriften - notabene ausschliesslich von Männern - eingegangen als erforderlich. Trotzdem lehnten die Berner die Vorlage 1956 relativ knapp ab. Wie 1929 hatte der Frauenstimmrechtsverein Bem an vorderster Front gekämpft. Boehlen, damals Präsidentin des Initiativkomitees, engagierte sich später noch bis ins hohe Alter in der städtischen und der kantonalen Legislative.



Abb. 113

Reynold Tschäppät (1917-1979), Stadtpräsident 1966-1979, an der Eröffnung der BEA um 1970. Der Fürsprecher und Dr. iur. arbeitete zunächst auf der Abteilung Flüchtlingswesen beim Bund und politisierte ab 1948 als Sozialdemokrat auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene. Schwerpunkte seiner gemeinderätlichen Tätigkeit waren Stadtentwicklung und Raumplanung, wozu er neue Rechtsgrundlagen schuf. Als Stadtvater gewann er mit seiner starken Persönlichkeit und dem ausgeprägten Sinn für das Machbare grosse Popularität. Sein Tod im Amt löste weit herum Betroffenheit aus.





Abb. 114

Endlich im gleichen Boot! Ruth Im Obersteg Geiser (geboren 1921) war die erste und während 14 Jahren die einzige Frau in der Stadtregierung. Aber nur beim geselligen Ausflug auf dem Wohlensee 1971 sitzt sie auf dem Ehrenplatz neben dem Stadtpräsidenten. Rückblickend sagte sie in einem Interview über ihre Rolle im Gemeinderat: «Das Zünglein an der Waage? Soll ich Ihnen mal ganz ehrlich sagen, was ich bin? Eins gegen sechs bin ich oft, wenn ich eine Meinung vertrete, und zwar eine wirkliche Meinung in einer Grundsatzdiskussion, nicht im Rahmen einer Sachauseinandersetzung.» Von links: Stadtschreiber-Stellvertreter Louis Jaquet, die Mitglieder des Gemeinderats Heinz Bratschi, Reynold Tschäppät, Ruth Im Obersteg Geiser, Klaus Schädelin, Gerhart Schürch, Hans-Martin Sutermeister und Kurt Schweizer.

kontinuierlich sinkende Stimmbeteiligung erstmals unter der 50-Prozent-Marke lag. Zehn Frauen gelangten ins Parlament, unter ihnen Maria Schaar (geboren 1926), EVP, die 1983 nach 77 Männern als erste Frau den Stadtrat präsidierte, die nachmalige Regierungsrätin Leni Robert-Bächtold (geboren 1936), JF, und die erste vollamtliche Jugendanwältin der Schweiz, Marie Boehlen (1911-1999), SP.¹⁷⁵

Mit provokativen Auftritten in der Öffentlichkeit machte sich eine neue Frauenbewegung bemerkbar. Im Jahr der Frau 1975 organisierten traditionelle Frauenverbände im Berner Kursaal den vierten Kongress für Fraueninteressen, dessen wichtigstes Traktandum die Lancierung der Initiative für die Gleichstellung von Mann und Frau war. Wegen der offiziell ausgeklammerten Frage des straflosen Schwangerschaftsabbruchs störten Feministinnen die Veranstaltung und inszenierten im Zentrum Gäbelbach in Bern-Bethlehem einen Gegenkongress. Aus der Diskussion um die Rollen- und Machtverteilung zwischen den Geschlechtern und der Erfahrung von Benachteiligung und Gewalt schufen Frauen Institutionen für Frauen wie Beratungsstellen und geschützte Räume verschiedenster Art (1978 Frauengesundheitszentrum, 1980 Frauenhaus Bern zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder, 1983 Frauenzentrum am Langmauerweg, 1988 Frauendisco in der Reitschule).¹⁷⁶

¹⁷⁵ Die Stimmbeteiligung betrug bei den Männern 51,5%, bei den Frauen 37% und gesamthaft 43,3%. Protokoll Wahlen, 12.12.1971, 3. Bei den Gemeindewahlen 2000 betrug die entsprechenden Werte 53%, 45,5% und 49%. Statistisches Jahrbuch der Stadt Bern, 2001, 237. • 176 BT, 20.1.1975, 22; Bühler 2001; Bucher/Schmucki 1995, 59-62; Dubach/Hirsbrunner/Lustenberger 1996; Duttweier 1990; Joris/Witzig 2001, 546-548, 555f.

Von der Ausweitung des Parteienspektrums bis zur Frauenmehrheit

Ab 1976 - der Wahltermin war um ein Jahr verschoben und die Amtsdauer der Behörden entsprechend verlängert worden, damit die Gemeindewahlen fortan nicht mehr im Jahr der Nationalratswahlen stattfinden¹⁷⁷ - vergrösserte sich das Parteiengefüge an den Rändern rapid; linke und rechte Oppositionsgruppen steigerten ihren Anteil kontinuierlich auf Kosten der etablierten Parteien, vor allem der SP und der bis anhin stärksten Mittepartei, des LdU. Als Reaktion auf die wachsende Zuwanderung aus dem Ausland seit den 1960er-Jahren entstanden so genannte Überfremdungsparteien. Die Berner Stadtsektion der Nationalen Aktion für Volk und Heimat beteiligte sich 1976 erstmals an den Gemeinderats- und Stadtratswahlen und gewann vier Stadtratssitze; 1990 benannte sie sich in Schweizer Demokraten um.

Auf der Linken tauchte 1976 die seit 1955 im Stadtrat nicht mehr vertretene Partei der Arbeit wieder in den Wahllisten auf; der «steife Wind des Kalten Krieges» hatte viele ihrer Mitglieder inaktiv gehalten.¹⁷⁸ Doch nun wurden sie von den Progressiven Organisationen (Poch) links überholt. Eine stadtbernerische Besonderheit war schliesslich die DA! Demokratische Alternative, die sich 1976 um den ehemaligen Landesring-Vertreter Luzius Theiler (geboren 1940) geschart hatte.

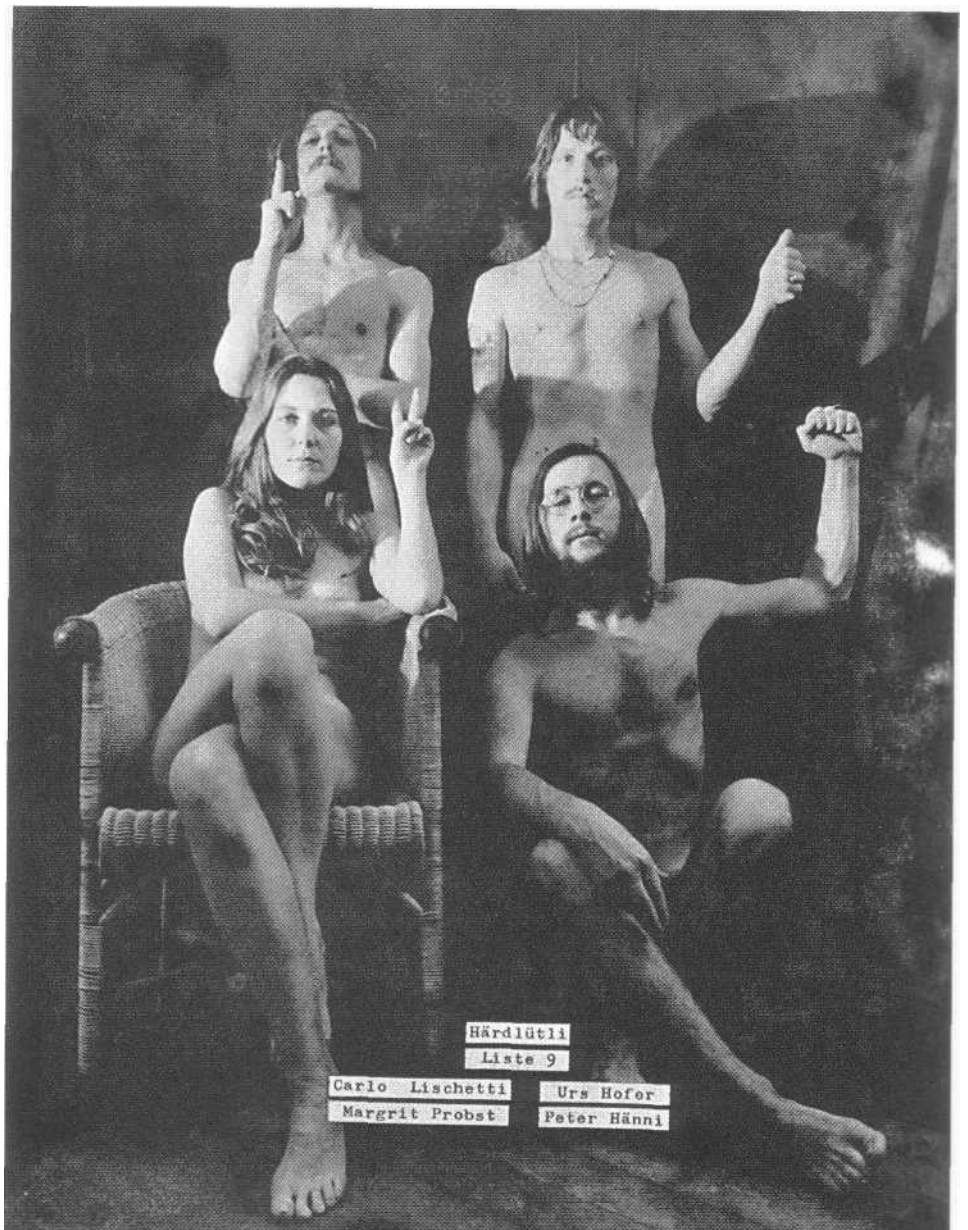


Abb. 115

Wahlplakat der «Härdlütli» 1971. Angeregt von Sergius Golowin (geboren 1930) boten die Sozialangestellte Margrit Probst (geboren 1950), der Underground-Schriftsteller Pierre Hänni (geboren 1949), der Aktionskünstler Carlo Lischetti (geboren 1946) und der Rockmusiker Urs «Polo» Hofer (geboren 1945) bei den Stadtratswahlen 1971 ein nonkonformistisch-verspieltes Intermezzo und eroberten wider Erwarten ein Restmandat. Ihnen folgten skurrile Einzelakteure und alternative Splittergruppen. 1978 gaben sie den ersten Anstoss zur Wiedergeburt der heutigen Berner Fasnacht.

Abb. 116

Wahlplakat 1976. In Anlehnung an bekannte Porträtmuster präsentierten sich Werner Bircher (geboren 1928), Arist Rollier (1919-1997) und Hans Hubacher (geboren 1924) 1976 als zukunftsorientierte Alternative zum neuen Linkstrend. Doch Rollier fiel überraschend durch. Hingegen stellten die Bürgerlichen mit Bircher 1979-1992 wieder den Stadtpräsidenten. Er hatte sich in einer Fabrik in Bümpliz vom Mechaniker bis zum Vizedirektor empogearbeitet. Auch seine politische Karriere war geradlinig vom Präsidenten einer Parteisektion bis an die Spitze der Stadtpolitik verlaufen.



Die Abwahl etablierter Politiker grösserer Parteien förderte die Bereitschaft, den Nationalratsproporz¹⁷⁹ auch in der Stadt Bern anzuwenden, was 1980 prompt zur Wahlsensation führte: Zwei amtierende Gemeinderäte von kleineren Gruppierungen wurden abgewählt, während die bürgerliche Koalition aufgrund der neuen Rechnungsmethode unerwartet einen vierten Sitz zugeteilt erhielt. Im Stadtrat wurde das Parteienspektrum durch die erstmalige Teilnahme der evangelikal orientierten Eidgenössisch-demokratischen Union und der trotzkristischen Sozialistischen Arbeiterpartei (ehemals Revolutionäre Marxistische Liga) erweitert.¹⁸⁰

Anlässlich der Vakanz von gleichzeitig vier Gemeinderatssitzen fanden sich 1984 die bürgerlichen Parteien FDP, SVP und CVP zu einer Koalition unter der Bezeichnung «der 4er mit Stadtpräsident» zusammen und errangen damit die Mehrheit, während sich die Opposi-

¹⁷⁷ Botschaften GA, 8.12.1974, 19-26. • ¹⁷⁸ Der rote Bär, Extra-Ausgabe, 1976. * ¹⁷⁹ Siehe S. 128. ° ¹⁸⁰ Vgl. zu den Gemeindewahlen JWB, 1979-1994, sowie die Tabellen im Anhang, S. 338f.

tionsparteien zersplitterten. Die CVP gelangte dabei zu ihrem ersten Sitz. Nach der liberalen Ruth Im Obersteg Geiser trat mit Gret Haller (geboren 1947), SP, eine Vertreterin der neuen Frauenbewegung in die städtische Exekutive. Im Stadtrat verteilten sich die 80 Sitze auf elf Gruppierungen; die Mehrheitsverhältnisse hingen dabei von den heterogenen Mitte-Rechts-Parteien ab. 1988 wurde das politische Klima rauer. Der bürgerliche «Vierer» verpasste nur knapp den fünften Sitz, während die Sozialdemokraten sich mit nur noch zwei Mandaten begnügen mussten. Gret Haller wurde abgewählt ebenso wie acht Jahre später die Planungs- und Baudirektorin Theres Giger (geboren 1944), FDP, «beides Persönlichkeiten, Frauen mit beiden Füßen auf dem Boden, intelligent, mit einem Leistungsausweis, aber unbequem und deshalb nicht immer pflegeleicht».¹⁸¹

Nachdem die DA! schon bei ihrem ersten Auftritt eine ökologische Politik vertreten hatte, wurde Grün die Modefarbe des Wahlherbstes 1984. Mit ökologischem Programm und entsprechender Namensergänzung - gleichzeitig unter Absage an den 1968er-Marxismus - traten die Neuen Linken nun als Poch-Grüne und Demokratische Alternative/Grüne Liste auf, während Mitglieder von SAP, PdA und weiterer Gruppen sich auf der gemeinsamen Stadtratsliste Sozialistische, grüne Alternative vereinigten. Nach weiteren Umgruppierungen entstanden schliesslich die heutigen Grünen, die sich in das linksgüne-feministische Grüne Bündnis, die liberalgrüne Grüne Freie Liste, welche die Tradition des LdU und des Jungen Bern weiterführt, und die Grüne Partei Bern (ehemals DA!) gliedern. Nur vorübergehend war der Erfolg der Auto-Partei, die 1988 als Reaktion auf die Umweltschutzforderungen der Grünen gleich mit Fraktionsstärke in den Stadtrat einzog und sich 1994 den Namen Freiheits-Partei zulegte, um vom Image der Einthemenpartei wegzukommen.

Nach 20 Jahren fiel die Bilanz der Frauenvertretung im Stadtrat derart ernüchternd aus, dass dieser überraschend einen Vorstoss für eine Quotenregelung befürwortete. Die Gemeinde verwarf dann allerdings deutlich die vorgeschlagene Lösung, die jedem Geschlecht einen Anteil von mindestens 40 Prozent im Rat zugesichert hätte. Die Vertretung der Geschlechter glich sich in der Folge auch ohne Zwangsregelung einigermaßen aus.¹⁸²

In der Stadtregierung war die weibliche Wählerschaft seit der Einführung des Frauenstimmrechts stets vertreten, aber bisher hatte jeweils nur eine einzige Frau dem Gemeinderat angehört. Diese Ära ging 1992 mit einem Paukenschlag zu Ende, als gleich alle drei Kandidatinnen gewählt wurden. Im folgenden Jahr kam es in einer Nachwahl mit dem Sieg einer vierten Frau zur Premiere einer Frauenmehrheit in einer Schweizer Stadtregierung. «Jitz hei mir langsame Bäner einisch putzt!» freute sich Marie Boehlen.¹⁸³ Auch politisch war die Wende erfolgt: Als Antwort auf die bürgerliche Mehrheit unter dem Motto «Jitz wird dürezoge»¹⁸⁴ hatten sich die Parteien von ganz links bis zur Mitte in einem schwierigen, in der Schweiz bisher einmaligen Prozess auf das Wahlbündnis RotGrünMitte geeinigt und tatsächlich eine knappe Mehrheit in Stadt- und Gemeinderat erzielt. Entgegen ihrem Wähleranteil begnügte sich die SP mit zwei Sitzen im Gemeinderat und überliess den Grünen sowie der Mitte je einen Sitz. Der Frauenanteil im Stadtrat betrug 44 Prozent - ebenfalls schweizweit erstmalig, aber auch bisher einmalig. In den Wahlen von 2000 konnte das Bündnis zwar die Mehrheit halten, wurde aber danach infolge des Verlusts ihres Gemeinderatssitzes an die SP von den Mitteparteien aufgekündigt.

Verschiedentlich sorgten einschränkende Wahlbestimmungen für Aufregung. Gegen das wachsende Desinteresse für politische Fragen, besonders unter Jugendlichen, forderte das Junge Bern 1959 die Beschränkung der Amtszeit der Stadtratsmitglieder auf zwölf Jahre,

¹⁸¹ Barbara Geiser (geboren 1948), SP, Stadtratspräsidentin 1996, in ihrem Schlusswort, Protokoll SR, 5.12.1996, 741. • ¹⁸² Der Bund, 11.9.1995, 1; Botschaften GA, 10.9.1995, 3-11. • ¹⁸³ Der Bund, 3.5.1993, 20. • ¹⁸⁴ Marc Roland Peter (1941-2001), SVP, Der Bund, 21.2.2001, 27.



Abb. 117

Die Frauenmehrheit im Berner Gemeinderat 1993. Auf dem Deckengemälde im Festsaal des Erlacherhofs erscheinen als Musen im Gefolge des Stadtpräsidenten Klaus Baumgartner (in der Mitte) von links Planungs- und Baudirektorin Theres Giger, Stadtschreiberin Elsbeth M. Schaad mit ihrem Stellvertreter Jürg Biancone, Schuldirektorin Joy Matter, Direktor der Stadtbetriebe Alfred Neukomm, Finanzdirektorin Therese Frösch, Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin Ursula Begert und Polizeidirektor Kurt Wasserfallen.

damit auch jüngere Kandidaten zum Zuge kämen. Trotz der ablehnenden Empfehlung von Gemeinderat und Stadtrat und nach lebhafter Diskussion in der Presse nahm das Volk die Vorlage an; dieser in der Schweiz erstmalige Entscheid betraf insgesamt 34 Stadträte, 17 davon Mitglieder der SP¹⁸⁵ In den 1990er-Jahren stellte sich das gegenteilige Problem. Die vorzeitigen Rücktritte aus dem Stadtrat nahmen derart zu, dass eine wissenschaftliche Analyse zu den Ursachen dieser «Stadtratsflucht» in Auftrag gegeben wurde.¹⁸⁶ Als Fazit forderte die Studie Massnahmen zur Professionalisierung des Ratsbetriebs und zur Verbesserung des parteiinternen Nominationsverfahrens. Die Gemeindeordnung von 1998 führte ein Ratssekretariat ein, behielt aber die Amtszeitbeschränkung ebenso bei wie die vierjährige Amtsdauer; neu beschränkte sie die Amtsdauer für Gemeinderatsmitglieder auf 16 Jahre.¹⁸⁷

¹⁸⁵ Protokoll SR, 24.4.1959, 104-122; Botschaften GA, 23/24.5.1959, 3-10. ° ¹⁸⁶ Nyffeler/Jegher/Spycher 1995. ° ¹⁸⁷ GO vom 3.12.1998, Art. 42,44, 88.

Im Fall des Gemeinderats gab das Unbehagen gegen die Ämterkumulation bei gleichzeitigen Klagen über die Belastung mehrfach zu ausführlichen Diskussionen Anlass. 1976, als sechs Gemeinderäte im Grossen Rat oder im Nationalrat sassen, hiess das Volk gegen die Empfehlung des Stadtrats eine Initiative gut, wonach höchstens vier Mitglieder zusätzlich einem Parlament angehören durften. Ein generelles Verbot, das die Jungfreisinnigen mit ihrer Initiative «Für einen 100prozentigen Gemeinderat» 1988 forderten, lehnten die Stadtbernerinnen und Stadtberner ganz knapp ab, obwohl sie kurz vorher eine analoge Einschränkung für den Regierungsrat mit fast 74 Prozent der Stimmen befürwortet hatten. Die Kehrtwendung lag wohl darin begründet, dass der populäre Konsumentenschützer Alfred Neukomm (geboren 1945), SP, als Nationalrat und Gemeinderat Opfer einer solchen Regelung geworden wäre. Zwei Jahre später zwang ihn seine Partei, auf eine erneute Nationalratskandidatur zu verzichten. Dasselbe Verdikt traf den Parteigenossen Alexander Tschäppät (geboren 1952) im Hinblick auf die Nationalratswahlen von 2003.¹⁸⁸ Die aktuelle Gemeindeordnung erlaubt höchstens zwei Gemeinderatsmitgliedern ein Doppelmandat.

In den letzten 20 Jahren verschoben sich die Anteile der Parteien in den Stadtteilen. Die sich zur ökologisch-feministischen Mittelschichtspartei wandelnde SP erlebte in ihrer einstigen Hochburg Bümpliz einen Einbruch, vermochte dafür im traditionell bürgerlichen Kirchenfeld mit den Freisinnigen gleichzuziehen. Umgekehrt konnten die Bürgerlichen und die kleinen Rechtsparteien im Westen Triumphe feiern.¹⁸⁹

Die Zusammensetzung des Gemeinderats der Stadt Bern des Jahres 2001 übertraf die durchschnittliche Frauenvertretung in den Schweizer kommunalen Exekutiven in mehrfacher Hinsicht: Erstens besetzten die Frauen hier mit drei von sieben Plätzen fast doppelt so viele als im schweizerischen Durchschnitt, zweitens vertraten sie neben den linken und grünen Parteien mit der SVP auch eine bürgerliche Partei in der Regierung und drittens erfüllten sie als Regierungsmitglieder nicht nur traditionelle Frauenaufgaben wie Soziales, Schule, Gesundheit und Jugend, sondern standen auch den andernorts eher männlich dominierten Bereichen Finanzen und Umwelt vor.¹⁹⁰ Im Stadtrat ist der Frauenanteil im Jahre 2002 wieder auf einen Drittel gesunken.

Im Spannungsfeld des Kalten Krieges

Die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands durch die sowjetische Besatzungsmacht im November 1956 löste in der Schweiz eine breite Protest- und Solidaritätsbewegung aus. In Bern leiteten studentische Organisationen die Kundgebungen und Hilfsaktionen, die Behörden und Bevölkerung mittrugen. Die Polizei musste die sowjetische Botschaft vor der Welle der Empörung schützen. Nach dem Vorbild der ungarischen Freiheitskämpfer erteilte das Studentenkomitee «Niemals vergessen» öffentlich Instruktionen zur Herstellung von Benzinbomben, so genannten Molotow-Cocktails, als zivilem Kampfmittel gegen Panzer. Noch während Jahren publizierte es in der Berner Presse Kleininserate gegen die kommunistische Bedrohung im eigenen Land.¹⁹¹

Zunehmend richteten sich Demonstrationen gegen die sowjetischen Atombombenversuche. 1961 protestierte der Stadtrat gegen das «frevelhafte, vollständig verantwortungslose Treiben», das die «Gesundheit der heutigen und vor allem auch der nachfolgenden Generationen» gefährde, mit einer von allen Fraktionen unterstützten Resolution.¹⁹² Wenig später marschierten Jugendliche im sternförmigen Fackelzug zum Bundesplatz. In seiner Ansprache

¹⁸⁸ Als Stadtrat hatte Tschäppät bei der Initiative von 1988 gespöttelt, sie sei eigentlich gar nicht nötig, denn «wenn er alle sieben Gemeinderäte zusammenzählt, kommt er schon heute auf 100 Prozent». Protokoll SR, 15.3.1990, 433. • ¹⁸⁹ BZ, 2.12.2000, 17. • ¹⁹⁰ Bundesamt für Statistik (Hg.) 2001. • ¹⁹¹ Der Bund, 9.12.1956, 4; Frischknecht 1979, 68-76; Scandola (Red.) 1984, 92, 154f., 471 f. • ¹⁹² Protokoll SR, 26.10.1961, 92.

Abb. 118

Menschenrechtsdemonstration gegen die Sowjetunion 1961. Der Fackelumzug von 15 000 Studierenden, Mittelschülerinnen und Mittelschülern vom 7. November 1961 bot ein grossartiges Schauspiel und war eine würdige Kundgebung gegen Terror und Knechtschaft durch die Sowjetunion. Der eindrücklichen Manifestation folgten dann allerdings wilde Ausschreitungen von etwa 400 Demonstrierenden vor der Sowjetbotschaft, wo ein Empfang zur Erinnerung an die Oktoberrevolution stattfand. Ein PdA-Nationalrat wurde von der aufgebracht Menge beinahe gelyncht.



unterschied der sozialdemokratische Universitätsprofessor Fritz Marbach (1892-1974) «zwischen sowjetischen Bomben, die uns vernichten, und amerikanischen Bomben, die uns schützen sollen».¹⁹³ Wie er wandte sich auch Gemeinderat Gerhart Schürch gegen jegliche Ostkontakte.

Kurz danach artete eine grosse Bauernkundgebung gegen die Preispolitik des Bundesrats in einen blutigen Krawall aus, wofür die Presse «traurige Elemente kommunistischer Prägung» verantwortlich machte. Dagegen sei nur eine verschwindend kleine Zahl städtischer Elemente oder «Halbstarker» zugegen gewesen.¹⁹⁴ Doch gegen Ende der 1960er-Jahre begannen Jugendprobleme die Stadtpolitik zu prägen. «Gegenwärtig sind es vor allem die Jungen, die sich zum Wort melden, manchmal sogar massiv bis handgreiflich», führte der Stadtratspräsident von 1969, Pierre Schrade (geboren 1921), SP, aus und zeigte ein gewisses Verständnis für den Protest der Jugend gegen das «Versagen der Menschheit vor den grossen Aufgaben (Krieg, Rassenkonflikt, Hunger)». Allerdings sei es ebenso grotesk, für die Freiheit Mao und Che Guevara auf Plakaten herumzutragen, wie den Polizisten als «Feind Nr. 1 dessen, der die Welt verbessern will», anzugreifen.¹⁹⁵ Treibende Kraft der 1968er-Bewegung war in Bern das an der Universität Ende 1966 gegründete Forum politicum. Zum gesamtschweizerischen Vietnamtag im Juni 1968 wurde auf der Münsterturmsspitze heimlich eine Vietcong-Fahne gehisst, was die Polizei als «alpinistische Meisterleistung» anerkennen musste, während das «Berner Tagblatt» fragte: «Kundgebung zum Vietnamtag: beginnt auch in Bern die Revolution?»¹⁹⁶

Neue Demonstrationsformen kamen auf wie Sit-ins, die durch die Blockierung von Strassen und die Provokation von Unbeteiligten Unruhe stifteten. Immerhin gelang es, die Forderung nach autonomen Jugendzentren mit städtischer Unterstützung in einer Mischform zwischen jugendlicher Eigeninitiative und behördlicher Reglementierung ohne Krawalle auf-

¹⁹³ Der Bund, 8.11.1961, 8; BT, 9.11.1961, 5; 10.11.1961, 5. • ¹⁹⁴ Der Bund, 19.11.1961, 5; BT, 23.11.1961, 2; ferner im Rückblick: Der kleine Bund, 15.11.1986, [11]. • ¹⁹⁵ Protokoll SR, 23.1.1969, 6. • ¹⁹⁶ BT, 24.6.1968, 3. Rückblick in: Der Bund, 8.5.1993, 23, sowie die daran anschliessende Artikelserie.

zufangen. Mit dem Lokal des Vereins Tanz- und Freizeidiele Matte (1965-1991) hatte Bern nach der Meinung eines Zeitungskommentators - mit Seitenblick auf Zürich - «auf dem Gebiet der Jugendbetreuung und Freizeitbeschäftigung gewissermassen eine stille <Revolution> vollzogen».¹⁹⁷

Doch dann erschütterten im August 1968 die Ereignisse in der damaligen Tschechoslowakei die Stadt. Eine machtvolle und würdige Grosskundgebung auf dem Bundesplatz brachte die Empörung über die Unterdrückung des tschechischen Volkes zum Ausdruck. Sprechchöre wie «Use mit de Russe!» und «Dub-cek, Svo-bo-da» unterbrachen immer wieder die Ansprachen von Stadtratspräsident und Stadtpräsident. Während das Hilfsangebot der Aktion «Niemals vergessen» ergreifend wirkte, fand ein Flugblatt des Forum politicum nur geteilte Aufnahme. Der fast vollzählige Gemeinderat marschierte an der Spitze eines schier endlosen Fackelzugs schweigend durch die Hauptgassen. Nicht vorgesehen war jedoch, dass vorab die Jugendlichen zur Sowjetbotschaft abschwanken, wo die Polizei zunächst Wasser und, als auch Molotow-Cocktails geworfen wurden, massiv Tränengas einsetzte.¹⁹⁸

Gegen alles, was links ist

Die Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Polizei auf der Strasse fanden auf der institutionellen Ebene ihre Fortsetzung zwischen oppositionellen Gruppierungen und den in Staat und Gesellschaft Etablierten, dem «Establishment». Im Stadtrat vermutete Luzius Theiler, damals LdU, bei der Beratung des Verwaltungsberichts der Polizeidirektion schon 1968, dass vom Staatsschutz «nur gewisse Personen geschützt werden und die bestehende Ordnung gegen unliebsame Kritik verteidigt wird»; der Polizeidirektor beruhigte mit der Betuierung, dass alle Aufträge an den Nachrichtendienst der Stadtpolizei «einzig und allein» vom Bund ausgingen und nur «gefährliche Personen» und «wirkliche Spione» politisch überwacht würden, von «ungerechtfertigter politischer Schnüffelei» könne keine Rede sein.¹⁹⁹ Genau dies taten jedoch jugendliche Spitzel der vom selbst ernannten Zürcher «Subversivenjäger» Ernst Cincera (geboren 1928) gegründeten Informationsgruppe Schweiz, die sich gegen alles richtete, «was Cincera für links hielt».²⁰⁰ Nachdem zwei Berner Gymnasiasten sich als dessen Mitarbeiter zu erkennen gegeben hatten, fragten 1978 im Stadtrat gleich drei Interpellationen von linker Seite nach angeblichen Querverbindungen zu Polizeibeamten und Schulrektoren. Obwohl die gemeinderätlichen Abklärungen keine Protektion einer Spitzeltätigkeit durch öffentliche Stellen ergaben, waren die Interpellanten nicht befriedigt und forderten eine Untersuchungskommission; eine entsprechende Motion wurde aber nach Absprache des Stadtpräsidenten mit dem Motionär 1980 abgeschlossen.

Wie polarisiert die Lage war, zeigte sich beispielhaft an den Folgen der zum Jahrestag des Atomkraftwerk-Unfalls in Tschernobyl veranstalteten nationalen Demonstration vom 25. April 1987. Wegen eines nicht bewilligten Teils der Umzugsroute kam es zur Strassenschlacht mit der Polizei, die vehement Tränengas einsetzte. In der folgenden turbulenten Stadtratssitzung distanzierte sich Schuldirektorin Gret Haller vom Vorgehen der Polizeiorgane und von der politischen Grundhaltung der Konfrontation, womit sie das Kollegialitätsprinzip durchbrach. Überdies entstand zwischen dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission eine schwere Verstimmung wegen unzureichenden Zugangs zu den Akten bei der Untersuchung des Vorfalls. Anlässlich der Behandlung des Schlussberichts im Stadtrat verwies

¹⁹⁷ Der Bund, 21.8.1968, 21 (Zitat); 1.6.1991, 29. • ¹⁹⁸ Der Bund, 23.8.1968, 18; 25.8.1968, 23; BT, 23.8.1968, 7f. • ¹⁹⁹ Protokoll SR, 25.4.1968, 202f., 206; 24.4.1969, 282f., 286; 8.5.1970, 324-332. • ²⁰⁰ Frischknecht et al. 1979, 264; Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest (Hg.) 1977. Protokoll SR, 27.4.1978, 228-244; 18.5.1978, 296; Motion Jürg Schärer (geboren 1942), Poch, vom 18.5.1978, GRB 262 vom 21.2.1979.

Abb. 119

Polizeiliche Räumung des Hüttendorfs Zaffaraya 1987. Eine Gruppe Jugendlicher, die ein Haus im Mattenhofquartier (Zaff) besetzt hatte, liess sich 1985 beim ehemaligen Gaswerk nieder und erprobte im «Freien Land Zaffaraya» alternative Wohnformen. Da Klagen aus der Bevölkerung zunahmen und die Gesprächsbereitschaft des Gemeinderats nicht weiterführte, zerstörte die Polizei am 17. November 1987 die illegale Siedlung. Es kam zu heftigen Meinungsverschiedenheiten im Gemeinderat, turbulenten Debatten im Stadtrat und einer Solidaritätswelle in der Bevölkerung.



der heftig kritisierte Polizeidirektor Marco Albisetti (1938-1995), FDP, auf eine Reihe von Massnahmen beim polizeilichen Ordnungsdienst, die als Konsequenzen aus der Tschernobyl-Demonstration bereits getroffen worden waren.²⁰¹

Doch kaum hatten sich die Tränengasschwaden verzogen, warf 1989/90 der Fichenskandal um die fragwürdige politisch-polizeiliche Überwachungstätigkeit der Schweizer Staatsschutzorgane in der schweizerischen Öffentlichkeit und in der Folge auch im Berner Stadtparlament hohe Wellen. Eine Serie von Vorstössen verlangte Auskunft und gipfelte in der Forderung nach Abschaffung der politischen Polizei in der Stadt Bern. Der Gemeinderat nahm rasch und offen Stellung. Seit 1890 hatte die Stadtpolizei Bern gemäss diverser Konventionen und Verträge auf dem Gebiet der Gemeinde Bern sämtliche Polizeiaufgaben wahrgenommen. Das Register des städtischen Nachrichtendienstes umfasste 1990 rund 34 000 Karten. In den letzten 30 Jahren waren etwa 6000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern davon betroffen gewesen. In der Stadtratsdebatte wurde allgemein die Gesinnungsschnüffelei bedauert, bei den Folgerungen prallten die Positionen der Linken und der Bürgerlichen aber unversöhnlich aufeinander; schliesslich lehnte der Rat die Abschaffung der politischen Polizei unter Namensaufruf mit 34 zu 31 Stimmen ab.²⁰²

Der seit 1998 auf neuer gesetzlicher Grundlage beruhende Informationsdienst hatte sich vorwiegend mit dem Rechtsextremismus zu befassen, insbesondere vor dem «Hintergrund der hohen Konfrontationsbereitschaft zwischen den rechts- und linksextremen Lagern». Die Terroranschläge in den USA und in Zug im Herbst 2001 zogen zahlreiche zusätzliche Überprüfungen nach sich.²⁰³

Die Finanzpolitik der Stadt war häufig der Links-rechts-Dynamik ausgesetzt. Noch in den 1950er-Jahren hatte man angesichts der ausnahmslos bewilligten grossen Bauprojekte «mit vollem Recht von einem gutgesinnten und wohlgelaunten <Souverän> sprechen können.²⁰⁴ Auch in den folgenden Jahrzehnten hiess das Volk die meisten Vorlagen gut; am ehesten

²⁰¹ Protokoll SR, 30.4.1987, 483-505; 15.9.1988, 115-158; JWB 1987, 34f. • ²⁰² Protokoll SR, 8.3.1990, 327-368; Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat (Hg.) 1990, 223f. Von 4718 Personen, die die Einsicht begehrten, waren tatsächlich 1651 fichiert. BZ, 1.3.1991, 26. • ²⁰³ VB, 2001, 55. ° ²⁰⁴ Sommer 1957, 29.

Abb. 120

Fichenskandal 1990. Die auf der Polizeifiche über die SP Bern-Nord vermerkten Angaben betreffen bewilligte Demonstrationen, parteiinterne Wahlen, Veranstaltungen zu Gemeinde- und Nationalratswahlen und weitere Aktivitäten, die alle im Zusammenhang mit der Wahrnehmung demokratischer Rechte stehen. «P. Vollmar» heisst richtig Peter Vollmer (geboren 1946) und war 1977-1986 Stadtrat sowie 1978-1986 Präsident der SP Stadt Bern. Die städtischen Fichen wurden 1991 trotz verschiedener Interventionen auf Beschluss des Gemeinderats vernichtet.

Personalfen:		Sozialdemokratische Partei Bern-Nord	
Datum			
2.2.74	Bew. Demo-Durchführung gg Häuserabbruch im Nordquartier		7315/17
23.2.77	Zeit.Ber. Präsidenten-Wahl <u>Giovanoli</u> Rudolf 36,		7315/20
27.2.78	Zeitungsber. P.Vollmar Kandidat Präsidium SP Stadt Bern u. Aktive SP-Bern Nord		7315/25
10.11.80	Bew. Pol-Insp Strassenfest zu Wahlveranstaltung		7315/34
17.5.81	Bew. Informationsstand u. Unterschriftensammlung Mieterschutzinitiative		7315/36
19.10.83	Bew. Info-Stand-Leiter Meier Dieter		7315/44
23.6.84	Bew. Pol-Insp. für Info-Stand Verantw. Aerni Eva		7315/47

scheiterten grosse Planungen. Aufgeschreckt wurden die Politiker 1966, als die Stimmbürger aus einem allgemeinen Missbehagen heraus den Voranschlag ablehnten, was seit 1919 nicht mehr vorgekommen war. In den 1990er-Jahren stand die Finanzpolitik des rot-grünen Gemeinderats andauernd im Kreuzfeuer bürgerlicher Kritik. Die verworfenen Budgets häuften sich; 1994 musste nach dreimaligem Nein gar der Kanton in die städtische Finanzplanung eingreifen. Nachdem Defizite die 1990er-Jahre prägten, schloss die Rechnung der Stadt seit 2000 wieder ausgeglichen, womit die Finanzdirektorin «knapp den Kopf aus der Schlinge gezogen» hatte.²⁰⁵ Die Probleme der Stadt sind aus ihrer Sicht vorwiegend in der Zentrumsfunktion begründet, deren Kosten durch Bund, Kanton und Region nicht ausreichend mitgetragen werden.²⁰⁶

Kernaufgaben der Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung bestand vor 1888 aus einem unübersichtlichen Netz von Kommissionen, deren Mitglieder ehrenamtlich tätig waren. Die steigenden Anforderungen der wachsenden Stadt und die zunehmende Zahl an Dienstleistungen für die Bevölkerung verlangten eine professionellere Organisation und effizientere Geschäftsabläufe. Diese Leistungsverwaltung baute auf dem Gemeindereglement von 1887 auf und funktionierte in den Grundzügen bis in die Gegenwart. Die Grundlage bildet das reine Direktorialsystem, an dessen Spitze die Gemeindeordnung von 1920 sieben vollamtliche Gemeinderäte stellte.²⁰⁷ Zu der seit 1888 bestehenden Geschäftsprüfungskommission kamen 1920 die Einbürgerungskommission, 1955 die mehrfach umstrukturierte Planungs- und Verkehrskommission und 1993 die Finanzkommission als ständige vorberatende Kommissionen des Stadtrats hinzu.²⁰⁸ 1996 nahm der Ombudsmann seine zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung vermittelnde Tätigkeit auf.

²⁰⁵ Therese Frösch (geboren 1951), GB, in: Der Bund, 4.3.2003, 11. ° ²⁰⁶ Protokoll SR, 15.12.1966, 1881; Gemeinderat der Stadt Bern 2001. • ²⁰⁷ GO vom 17.2.1920. Zur Entwicklung der Stadtverwaltung von 1832 bis in die 1920er-Jahre: Tögel 2002; ab 1920: Sommer 1957; Wullschlegler 1980, 31-44. • ²⁰⁸ Aufgrund der Verwaltungsreform von 2003 sind die Kommissionen neu die Budget- und Aufsichtskommission und die drei Sachkommissionen, denen je bestimmte Direktionen zugewiesen sind; die Einbürgerungskommission wurde aufgehoben (siehe S. 115, Anm. 23).



Abb. 121
Klaus Baumgartner (geboren 1937),
Stadtpräsident seit 1993, Foto von 1993.

Der Stadtpräsident führte bis 1984 die Präsidialabteilung zusätzlich zu einer Direktion. Nachdem ein dem Rotationsprinzip unterliegendes Präsidium in der Diskussion schon 1965 klar abgelehnt worden war, wurde die Schaffung einer eigenen Präsidialdirektion im Stadtrat zwar als «Präsidialdiktatur des Stadtpräsidenten» kritisiert, doch gab es zu ihr keine Alternative mehr.²⁰⁹ Als Kopf der Verwaltung obliegt ihr die Führung nach innen und der Auftritt nach aussen. Wichtige Querschnittsaufgaben wie die Finanz- und die Baukontrolle oder seit 1996 die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann²¹⁰ sind ihr zugewiesen.

Die Stadtkanzlei als Sekretariat des Gemeinderats und des Stadtrats - einst auch der Gemeindeversammlung - entwickelte sich aus kleinen Anfängen zur Drehscheibe zwischen Gemeinde, Behörden und übriger Verwaltung. Mehrere Dienststellen haben hier ihren Ursprung, so die städtische Statistik (1914)²¹¹ und das Personalamt (1950). Auch die elektronische Datenverarbeitung, die Information an die Medien und die kulturellen Angelegenheiten wurden als städtische Aufgaben zunächst von der Stadtkanzlei wahrgenommen, bis daraus eigene Abteilungen entstanden. Die bisher letzte Abspaltung ist das Ratssekretariat, das seit 2002 die Geschäfte des Stadtrats erledigt. Das Stadtarchiv war 1888-1953 mit dem Stadtschreiber in Personalunion verbunden; es dokumentiert durch systematische Aktenaufbewahrung das Verwaltungshandeln und trägt als Gedächtnis der Stadtverwaltung das historische Erbe der Stadt mit.

Die Zuständigkeit der Polizeidirektion für Ordnung, Sicherheit und Kontrolle auf dem Stadtgebiet wurde 1890 mit dem Kanton geregelt. Vielfältige Kompetenzverschiebungen kennzeichneten auch nach 1920 die Polizei. Neben Feuerwehr und Sanität betreute sie auch das Gesundheitswesen, das 1963 in der Gesundheitsdirektion zusammengefasst und 1984 mit der ehemaligen Armendirektion in der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion aufging.²¹² Im Vergleich zu anderen Schweizer Städten wurde die Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung früh institutionalisiert. Bildung und Ausbildung kamen 1920 zu einem hauptamtlichen Schuldirektor, während das Bauwesen mit den wachsenden räumlichen und verkehrsmässigen Problemen der Grossstadt auf die zwei Direktionen Tiefbau und Hochbau verteilt

²⁰⁹ Protokoll SR, 8.3.1984, 284-297, Zitat 287; Botschaften GA, 20.5.1984, 2, 13-21. • ²¹⁰ Zur neun Jahre dauernden Entstehungsgeschichte siehe Dubach/Hirsbrunner/Lustenberger 1996, 123-125. • ²¹¹ Statistisches Amt der Stadt Bern 1993, 39-44. • ²¹² GO vom 30.6.1963.

Abb. 122
Die «Freimüller-Gladiolen» 1957. Die Eroberung des Stadtraums durch den motorisierten Verkehr verlangte laufend neue Regelungen, die der Bevölkerung nahe gebracht werden mussten. Neuerungen wurden vielfach personifiziert. So führte die Verschärfung der Parkierungsverhältnisse in Seitengassen der Innenstadt zur Aufstellung von Parkingmetern, die sich in Base! und Zürich bewährt hatten und fürs Parkieren pro halbe Stunde zehn Rappen verlangten. Der Volksmund benannte sie nach dem damaligen Polizeidirektor Freimüller, der auf dem Bild soeben als Erster eine Münze einwirft.

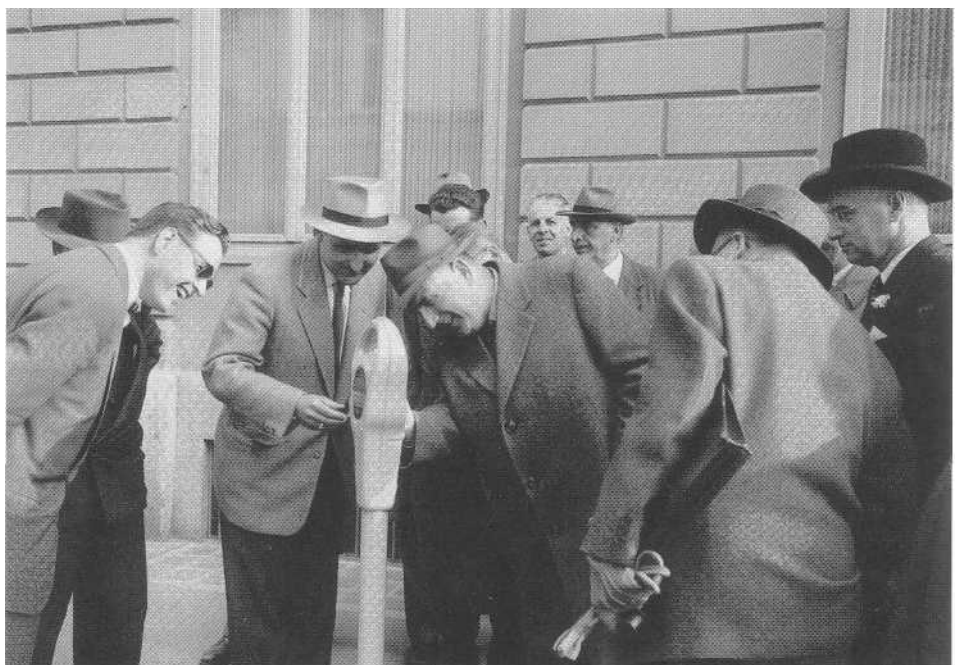


Abb. 123

Die Rückkehr des Bären ins städtische Logo 2002. Die Stadtverwaltung hat stets von Zeit zu Zeit ihren Auftritt auf Drucksachen modernisiert. Auf wenig Verständnis stiess 2001 die Einführung eines grafisch gestalteten Buchstabenlogos anstelle des bisherigen Berner Wappens mit Bär und Mauerkrone. Innert kürzester Zeit brachten die Stadträte Thomas Fuchs (geboren 1966), SVP, Adrian Haas (geboren 1960), FDP, und Kurt Mäusli (geboren 1928), SP, die Volksinitiative «Der Berner Bär muss bleiben» zustande, worauf der Gemeinderat das neue Logo zurückzog.



werden musste. Kernaufgaben der Finanzdirektion sind seit jeher die Finanz-, die Liegenschafts- und die Steuerverwaltung. Die Infrastrukturaufgaben -Trinkwasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie öffentlicher Verkehr - wurden 1918 in der neu geschaffenen Direktion der industriellen Betriebe gebündelt.

Um dem Vorwurf zu begegnen, die Stadtverwaltung sei zu gross und zu kostspielig, überprüfte zwischen 1986 und 1990 das verwaltungsinterne Projekt Optimale Aufgabenerfüllung in der Stadtverwaltung Bern sämtliche Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe mit dem Ziel, aktuelle und zukünftige Aufgaben mit den vorhandenen Mitteln besser zu erfüllen.²¹³ Für ein paar - weniger von der Bedeutung als eher von der Dauer ihrer Bearbeitung her so zu bezeichnende - städtische «Jahrhundertprobleme», insbesondere Kompetenzabgrenzungen zwischen einzelnen Verwaltungsstellen, konnten Lösungen gefunden werden²¹⁴; doch das Beharrungsvermögen des Verwaltungsapparats liess den Reformeifer an Grenzen stossen. Zudem traf die Rezession die Stadt Bern empfindlich; erneut verordnete der Gemeinderat eine gesamtstädtische Aufgabenüberprüfung, nun aber zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts. Doch der Optimierungsgedanke tauchte bald im Verwaltungsbericht in einem neuen Begriff auf, der eine nach wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete Verwaltungsführung bezeichnet: New public management. 1994 startete Bern als erste grössere Schweizer Stadt ein entsprechendes Verwaltungsreformprojekt mit den Pilotprojekten Jugendamt, Feuerwehr und Strasseninspektorat; später kamen noch vier weitere hinzu. Ziele der so genannten Wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Rahmen der Neuen Stadtverwaltung Bern sind mehr Kunden- und Bürgerorientierung, grösserer Handlungsspielraum und -erneut- Steigerung der Effizienz. Im Februar 2003 beschlossen die Stimmberechtigten mit grossem Mehr bei geringer Beteiligung die nötige Teilrevision der Gemeindeordnung.²¹⁵

Zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und Bevölkerung tragen wesentlich die Mitwirkungsrechte der Quartiere bei. In Planungs- und Verkehrsfragen wie auch in andern Belangen, die ein Quartier besonders angehen, liegt es im behördlichen Interesse,

²¹³ Protokoll SR, 27.2.1986, 265-272; 11.6.1987, 713-728; 8.3.1990, 377-393; 31.5.1990, 757-769, 773-779; 12.11.1992, 637-656. ° ²¹⁴ Z.B. der Wechsel der Friedhofgärtnereien von der Polizeidirektion zur Stadtgärtnerei 1991, siehe Stadtgärtnerei Bern 2002, 9. • ²¹⁵VB, 1993, 18; Gemeinderat der Stadt Bern 2000; Botschaften GA, 9.2.2003, 21-58; Der Bund, 10.2.2003, 1, 11. Vgl. Tabelle S. 337. • ²¹⁶ Das Folgende aufgrund der Dokumentation des SAB. • ²¹⁷ BW, 31.8.1918, 451. • ²¹⁸ Marbach 1969, 68. • ²¹⁹ Markwalder 1939; Markwalder 1941. • ²²⁰ Protokoll SR, 19.12.1958, 264; Wulschleger 1973. ° ²²¹ Peter Schaad (1903-1971), SP Stadtratspräsident 1948. • ²²² TW, 17.1.1994, [3].

An der Spitze der Verwaltung

in den ersten 100 Jahren der modernen Stadtverwaltung gab es nur drei Stadtschreiber und eine Stadtschreiberin. Die langen Amtszeiten stehen für die Kontinuität in der Verwaltungsarbeit.²¹⁶

1875-1916 Alfons Bandelier (1844-1918)

Der Sohn eines Gemeinderats und promovierter Jurist war zunächst Sekretär der gemeinderätlichen Finanzkommission und Stadtarchivar, dann Stellvertreter des Stadtschreibers und schliesslich Stadtschreiber im Übergang von der alten zur neuen Ordnung. Schon an der Universität als ausserordentlich fleissig gelobt, diente er der Stadt mit grosser Arbeitskraft. Seine christliche Nächstenliebe liess ihn zum Stadtoriginal werden: Asketisch bis zur Selbstaufopferung teilte er seine Habe mit Bettlern der Stadt und hauste in einem Zimmer im Bubenbergturm neben dem Erlacherhof, bis er 1916 mitten in der Arbeit zusammenbrach und fortan selber barmherziger Fürsorge bedurfte. Schliesslich fiel er entkräftet der Grippeepidemie zum Opfer.²¹⁷

1916-1950 Hans Markwalder (1882-1963)

1913 kam der junge Fürsprecher und Dr. iur. auf die neu geschaffene Stelle eines Stadtschreiber-Adjunkts, um seinen gealterten Vorgänger zu entlasten. Durch seine imponierende Erscheinung verlieh er dem Amt des Stadtschreibers und Stadtarchivars Gewicht und Würde. Souverän leitete er die Eingemeindung von Bümpliz und bereitete die Gemeindeordnung von 1920 vor, organisierte Anlässe der Stadt und wäre «jedem königlichen Protokoll gewachsen gewesen».²¹⁸ In Erinnerung geblieben ist Markwalder durch viele historische Publikationen, unter anderem zur Laupenschlachtfeier von 1939 und zum Berner 750-Jahr-Jubiläum 1941 dessen Initiant er gewesen war.²¹⁹

1951-1973 Bernhard Wullschleger (1908-1988)

Ebenfalls Fürsprecher und Dr. iur., begann Wullschleger seine Karriere 1933 als Direktionssekretär der Städtischen Verkehrsbetriebe, wurde 1939 Stadtschreiber-Stellvertreter und schliesslich Nachfolger seines Chefs, von dem er sich durch seine still wirkende Autorität abhob. In seine Amtszeit fielen die damals fortschrittliche Personal- und Besoldungsordnung von 1949, die Gemeindeordnung von 1963 und die technische Modernisierung der Verwaltung. Im Stadtrat wurde Dr. Wu. charakterisiert als einer, «der mit philosophischer Gelassenheit seine Pfeife raucht und sich durch nichts aus der Ruhe bringen lässt».²²⁰

1974-1995 Elsbeth M. Schaad (geboren 1932)

Als Tochter eines langjährigen Stadtrats²²¹ wurde die Juristin mit der Stadtpolitik früh vertraut, ohne je selber politische Ambitionen zu hegen. Der Gemeinderat wählte «Fräulein Fürsprech Schaad» 1974 als erste Frau ins höchste Verwaltungsamt der Stadt. Auch gesamtschweizerisch war sie damals die erste und einzige Stadtschreiberin. Zu den Schwerpunkten ihrer Tätigkeit gehörten die Einführung der Quartiermitsprache, der Ausbau der Regionalisierung und die Förderung der Kultur, mit der sie eine persönliche Neigung verband.²²²

seit 1996 Irene Maeder van Stuijvenberg (geboren 1947)



Abb. 124

1.-Mai-Bändel aus Bümpliz 1912. Auf der Suche nach günstigem Wohnraum Hessen sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zuwandernde Familien vermehrt in Bümpliz nieder. Im Stöckacker wurde die erste Arbeitersiedlung gebaut. Die Bevölkerung des Bauerndorfs veränderte sich. Es entwickelte sich auch eine Arbeiterbewegung: Um 1900 existierten ein Grütliverein und ein Arbeiterverein, woraus 1912 die SP Bümpliz entstand. 1921 trat ein Sechstel ihrer Mitglieder zur Kommunistischen Partei über.

die Betroffenen möglichst früh in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen. 1977 wurde die Quartierkommission Kirchenfeld-Brunnaden als erste versuchsweise eingesetzt (seit 1995 Quartiervertretung Stadtteil IV). Weitere vom Gemeinderat als repräsentativ anerkannte Quartierorganisationen, welche die Stadt finanziell unterstützt, entstanden in den Stadtteilen VI (Bümpliz-Bethlehem, 1982), II (Länggasse-Felsenau, 1988; 1992 wegen fehlender Repräsentativität aufgelöst, 1998 reaktiviert), III (Mattenhof-Weissenbühl, 2000) und V (Breitenrain-Lorraine, 2002).

Von der Eingemeindung zur regionalen Zusammenarbeit

Eingemeindungen als Form des Zusammenschlusses von Gemeinden sind eine Folge des gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Agglomerationsprozesses. Eine erste Eingabe zu einer Vereinigung mit der Stadt Bern erfolgte 1879 seitens der Schulgemeinde Wabern; der Gemeinderat trat nicht darauf ein, da die Stadtverwaltung einer Gebietserweiterung nicht gewachsen sei.²²³ Nach einem Vorstoss Ostermundigens von 1913 signalisierte die Einwohnergemeinde Bolligen 1916 ihre Bereitschaft zu Anschlussverhandlungen. Schliesslich kam es im Fall von Bümpliz zur Eingemeindung.

Bümpliz war in keltisch-römischer Zeit ein bedeutender Siedlungsort im Umfeld des wirtschaftlichen und kulturellen Zentrums auf der Engehalbinsel, im Mittelalter ein Stützpunkt der Könige von Burgund und danach bis 1798 eine Herrschaft bernburgerlicher Familien. Im 19. Jahrhundert geriet die Bauerngemeinde in den Sog der wachsenden Stadt. Vor allem der Bau mehrerer Schulhäuser überstieg ihre Finanzkraft. Die Vereinigung mit Bern erschien dem Bümplizer Gemeinderat als die einzige Lösung. Die Stadt hingegen war nicht daran interessiert, finanzschwache Gemeinden wie Bümpliz und Ostermundigen aufzunehmen, und entwarf das Konzept einer «Arrondierung des Stadtbezirkes» durch den Einbezug von Muri, der Bolliger Viertelsgemeinde Ittigen und von Teilen der Gemeinde Köniz, da «das Eingemeindungsproblem auf breitester Grundlage gelöst werden müsse». Der Regierungsrat verlangte aber die Erledigung der Bümplizer Frage als «erste Etappe des allgemeinen Eingemeindungsprojektes».²²⁴ Den gemeinsam erarbeiteten Vertrag nahmen die Berner am 28.7.29. September 1918 mit 7559 Ja gegen 2901 Nein, die Bümplizer eine Woche später mit 631 Ja gegen 17 Nein an. Aus der Gemeinde Bümpliz wurde das Vorstadtquartier Bern-Bümpliz. Die administrative Eingliederung erfolgte bis 1927; einzelne Dienststellen erhielten Filialen in Bümpliz. Schon 1919 benannte der Gemeinderat jene Bümplizer Strassen um, bei denen eine Verwechslungsgefahr mit einem Stadtberner Strassennamen bestand.²²⁵

In der Folge blieb Berns Eingemeindungsprojekt eine höchst brisante Frage. Doch das wohlhabendere Muri war absolut nicht gewillt, die Finanzprobleme anderer Gemeinden mitzutragen, und hätte sich einer zwangsweisen Eingemeindung mit allen gesetzlichen Mitteln widersetzt. Da zudem die Stadt Bern ebenso kategorisch die Aufnahme weiterer finanzschwacher Gemeinden ablehnte, waren die langjährigen Verhandlungen, die auch den Einbezug von Köniz betrafen, letztlich aussichtslos. Mehrmals erstrebte Bremgarten wegen permanenter Finanznot den Anschluss an Bern; doch der Kanton verzichtete hier auf eine Verfügung gegen den Willen der Stadt.²²⁶

Mittlerweile zeichnete sich ein neuartiger Weg zu einer Gesamtlösung der stadtbernerischen Vorortfrage ab: der Gemeindeverband. Ernst Reinhard (1889-1947), SP-Gemeinderat,

²²³ VB, 1879, 6f. • ²²⁴ Botschaften GA, 28/29.9.1918, 20f. • ²²⁵ Schütz/Müller 1952; Loeliger 1983; Loeliger/Sarbach/Wolf 1983; Eme (Red.) 1994; Bartome/Kormann 1994; Junker 1996, 171-174; Loeliger/Eme 1999; Meyer/Strübin Rindisbacher 2002. Literarische Darstellung der Eingemeindung: Loosli 1975. Strassennamen: Weber 1990, 336-338. • ²²⁶ Schmalz 1982, 110-130; Buri 1982, 130-133; Fallet 1991, 398-405; Schmezer 1993; Guggler 1998, 36f.



Abb. 125

Die Agglomeration Bern um 1965.

Hinten am linken Bildrand in südöstlicher Richtung liegt Gümligen, in der Bildmitte Muri und auf dem linken Aareufer rechts vorne Wabern. Die politischen Grenzen stimmen nicht mehr mit jenen der Wirtschaft, des Verkehrs und der Kultur überein. Doch gewachsene Strukturen, die herkömmliche Gemeindeautonomie und das Identitätsbewusstsein der Bevölkerung erschweren Gemeindefusionen. Die Region Bern sucht die Lösung der Probleme in der verstärkten politischen Zusammenarbeit der Gemeinden.

erörterte 1946 die Idee einer föderativen Stadtgemeinschaft Bern, die gemeinsames Handeln unter Wahrung der politischen Selbständigkeit ermöglichen sollte. Als Pionierlösung kam 1952 der Gemeindeverband Bern-Bremgarten zustande. Planungs-, Strassen-, Kanalisations-, Bau- und Verkehrswesen beider Gemeinden wurden koordiniert, und Bremgarten erhielt auf zehn Jahre befristet die nötigen finanziellen Zuschüsse. Damit ging die Stadt Bern bewusst einen anderen Weg als Zürich, das zweimal einen ganzen Kranz von Gemeinden aufgenommen hatte, und hoffte so der Entwicklung zur unerwünschten Grossstadt entgegenzuwirken.²²⁷

Als dauernde organisatorische Verbindungen zwischen der Stadt Bern und ihren Vororten entstanden 1963 einerseits die Arbeitsgemeinschaft der Region Stadt Bern und umliegende Gemeinden und andererseits der Regionalplanungsverein Stadt Bern und umliegende Gemeinden. Er erarbeitete dank einer Forschungs- und einer Planungsstelle Entscheidungsgrundlagen zur Regionalplanung und wurde nach und nach erweitert. 1980 in Verein für die Zusammenarbeit in der Region Bern (VZRB) umbenannt, wurde er 1995 in den Verein Region Bern (VRB) umgewandelt, der mehr Verbindlichkeit anstrebt und zwischen Kerngemeinden mit intensiver Zusammenarbeit und übrigen Gemeinden unterscheidet.²²⁸ Weitergehende Modelle wie die 1991 von linker Seite vorgestellte regionale Gesamtgemeinde «zämebärn» sind bis anhin an der Gemeindeautonomie gescheitert.²²⁹ Ende 2002 befassten sich der Stadtrat und der Verein Region Bern mit Ansätzen zu einer neuen Agglomerationsstrategie; als der politisch am ehesten gangbare Weg erschien dabei das auch vom zuständigen Regierungsrat unterstützte Projekt eines Regionalrats, der sich aus den Gemeindepräsidentinnen und -Präsidenten zusammensetzt und bis 2008 realisiert sein soll.²³⁰

²²⁷ Reinhard 1946. Botschaften GA, 13/14.12.1952, 3-24; Protokoll SR, 7.11.1952, 73-81. • ²²⁸ 2002: 25 Mitgliedgemeinden, www.regionbern.ch. • ²²⁹ Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Kernstadt und Regionsgemeinden siehe VB 1979, 5-12. Aktueller Überblick über die Region und ihre Wirtschaft, ihre Kultur und den Tourismus: Region de Berne 2000. • ²³⁰ NZZ, 17.12.2002, 11.